Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1914

47 (25.2.1914)

Visual Library

No. 47. Karlsruhe, Mittwoch den 25. Februar 1914. 34. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Geburtenrückgang und Sozialdemokratie.

Es ist die Art unwissender Eiferer, das, worauf sie einmal ihren Haß geworfen haben, für alle Uebel dieser Welt verantwortlich zu machen. Darum kann auch für den Freiherrn v. Steinäcker und ähnliche Geister, die sich im Dreiklassenhaus malerisch um dieses Zentrumslicht gruppieren, kein Zweifel darüber bestehen, daß die Sozialdemokratie an dem Geburtenrückgang die Schuld trägt.

Auch oberflächlichen Kennern der nationalökonomischen Theorien sollte eigentlich bekannt sein, welche Rolle der Sozialismus und insbesondere der Marxismus auf dem Gebiete der Bevölkerungstheorie gespielt hat. Gegenüber den Versuchen des englischen Nationalökonomen Malthus, die Bestrebung zur künstlichen Beschränkung des Volkszuwachses wissenschaftlich zu fundamentieren, hat die sozialistische Lehre eine entscheidenden Sieg erzielt, indem sie auf die reichen Möglichkeiten hinwies, die Produktivität der menschlichen Arbeit zu steigern. Die malthusianische Lehre war eine wirkliche Gefahr, da sie in ihrer gemeinplätzlichen Fassung, es gebe eben zuviel Menschen auf der Welt, dem hausbackenen Verstand recht einleuchtend erschien, und man begreift daraus den ganzen Haß, mit dem Karl Marx „den Pfaffen Malthus" und „seine abgeschmackte Bevölkerungstheorie" bekämpfte. In den berühmten Versen Heinrich Heines „Es gibt hinieden Brot genug für alle Menschenkinder", war die volkstümliche Ausdrucksform des sozialistischen Gedankens im Kampfe gegen den Malthusianismus gefunden. Unzähligemale sind diese Verse von sozialistischen Rednern und Schriftstellern zitiert worden.

Bebel beschäftigt sich in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus" in mehreren Kapiteln mit dem Thema „Bevölkerungsfrage und Sozialismus". Er kommt dabei zu folgendem Ergebnis: „Eine möglichst zahlreiche Bevölkerung ist nicht ein Hindernis, sondern ein Mittel der Kultur . . . Bis jetzt sind Völker wohl durch Rückgang ihrer Kopfzahl zugrundegegangen aber niemals durch ihre Ueberzahl" (Jubiläumsausgabe 1910). Und geradezu humoristisch wirkt es, wenn Bebel in diesen Kapiteln u. a. gegen den Schriftsteller Ferdy polemisiert, der nach Bebels Darstellung als begeisterter Malthusianer gegen die Sozialdemokratie folgendes ausführte:

> Die Sozialdemokratie bezwecke durch ihre Opposition gegen den Malthusianismus ein Schelmenstück. Die rasche Volksvermehrung begünstige die Massenproletarisierung und diese fördere die Unzufriedenheit. Gelänge es, der Ueber-Bevölkerung Herr zu werden, dann sei es mit der Sozialdemokratie zu Ende und ihr sozialdemokratischer Staat sei mit all seiner Herrlichkeit für immer begraben.

Diese Sozialdemokratie, der man noch vor ein paar Jahren vorwarf, sie fördere in heimtückischer Weise die Bevölkerungsvermehrung, soll jetzt nach der Weisheit des Freiherrn v. Steinäcker die Religiosität der Frauen untergraben, um sie für den Gedanken des Geburtenrückgangs gefügig zu machen.

Obgleich nun beide närrische Käuze sind, kommt Ferdy der Wahrheit sicher ein gutes Stück näher als der Freiherr von Steinäcker. Die Sozialdemokratie hat niemals geglaubt, den Frauen vorschreiben zu können, wieviel Kinder sie zur Welt bringen sollten, solche Thorheiten hat sie stets andern überlassen, sie hat aber auch niemals verkannt, daß eine starke Bevölkerungsvermehrung für sie günstiger ist als eine schwache oder gar ein Rückgang der Volkszahl. Rückgang der Volkszahl bedeutet entweder Verminderung der Produktivität oder aber eine Ueberflutung des Landes mit ausländischen billigeren Hilfskräften. Rücken Einwanderer von anderer Sprache oder gar anderer Rasse zu Millionen in das Land, dann wird trotz aller Internationalität der Gesinnung durch den Unterschied der Bildung und der kulturellen Bedürfnisse eine Kluft innerhalb des Proletariats aufgerissen, die den solidarischen Zusammenhalt aufs schwerste gefährdet. Auch das soziale Mitgefühl äußert sich den Fremden gegenüber nicht so lebhaft wie gegenüber den Einheimischen. Es wird immer leichter sein, durch eine Schilderung des Elends deutscher Heimarbeiter Eindruck auf die Oeffentlichkeit zu erzielen als beispielsweise durch die Darstellung der Zustände, unter denen die eingewanderten slavischen Landarbeiter leben müssen. Denn bei diesen drängt sich doch immer die Erwägung auf, daß sie es daheim noch schlechter haben müßten, sonst wären sie nicht gekommen.

Kein Zweifel also: für die gewerkschaftliche Arbeit, die sozialreformerische Tätigkeit und schließlich für den letzten großen Befreiungskampf des Proletariats bedeutet der Geburtenrückgang und die durch ihn bedingte Durchsetzung der Arbeiterklasse mit rückständigen Klassenelementen ein schweres Hindernis. Der Geburtenrückgang bedeutet keine Erleichterung, sondern eine Komplizierung und Erschwerung des Klassenkampfs.

Natürlich kann es in einer so großen Bewegung wie der sozialdemokratischen nicht verhindert werden, daß Reste der alten malthusianischen Theorie sich da und dort von neuem zu regen beginnen, und daß der alte Irrtum von Einzelnen als neueste Wahrheit verkündet wird. Wo dies aber geschah, ist die Partei stets solchen Entgleisungen mit der gebotenen Entschiedenheit entgegengetreten.

Zweierlei allerdings kann man von der Sozialdemokratie nicht verlangen. Man kann erstens von ihr nicht verlangen, daß sie durch ihre Agitation die Bevölkerungsbewegung im Sinn einer Zunahme zu beeinflussen versucht, denn die Sozialdemokratie weiß, daß dies ein gänzlich vergebliches Bemühen sein würde. Gegenüber Entwicklungen, die in den gesamten wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen ihre Ursache haben, bleiben alle guten Ratschläge leere Worte, die in den Wind gesprochen sind. Und wenn es tausendmal wahr ist, daß jedes Elternpaar durch zahlreichen Nachwuchs der Gesamtheit nützt, so ist doch nicht minder wahr, daß es mit jedem neuen Kinde, das es in die Welt setzt, sich selbst und den älteren Kindern auf eine Reihe von Jahren hinaus den Nahrungsspielraum verkleinert. Das ist eine Tatsache, über die kein gerecht Denkender hinwegsehen kann.

Zweitens kann man von der Sozialdemokratie nicht verlangen, daß sie sich an dem dilettantischen Versuch beteiligt, den Geburtenrückgang durch Polizeigesetze aufzuhalten. Ueber diesen Versuch äußern sich soeben im „Berl. Tageblatt" vierzehn hervorragende Vertreter der ärztlichen Wissenschaft in derart absprechender Weise, daß die Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage kaum einer weitern Begründung bedarf.

Will man einen Rückgang der Bevölkerung verhindern, so wende man brauchbare Mittel an, und für die wird die Sozialdemokratie stets zu haben sein. Man gebe den Arbeitern durch bessere Löhne und billigere Lebensverhältnisse die Möglichkeit, mehr Kinder zu ernähren, man vermindere durch die Säuglingspflege die Kindersterblichkeit, man entlaste durch Schulspeisungen die Eltern von den Sorgen der Ernährung, man erhalte die Lebenden durch soziale Reformen und gemeinnützige Einrichtungen lebendig und leistungsfähig. Das alles will die Sozialdemokratie, an alldem wird sie aber auf Schritt und Tritt von ihren Gegnern, den Interessenten der kapitalistischen Ausbeutung, gehindert.

Wem es ernst ist um die Erhaltung der Volkskraft, der wird nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern mit ihr kämpfen.

Der klerikale Hintertreppenroman.

Trotz aller Kundgebungen der Zentrumspartei und trotz der immer erneuten Feststellung, daß die Quertreiber an die Wand gedrückt seien, geht der Kampf im katholischen Lager lustig weiter. Der Fastenhirtenbrief des Kardinals Kopp ist, auch wenn es die Kölner Richtung natürlich nicht wird wahr haben wollen, von Anfang bis zu Ende eine große Anklage wider den „verseuchten Westen". Er stellt eine Apologie des Papsttums, seiner unanfechtbaren Rechte und seiner unvergänglichen Autorität dar und erinnert daran, daß, wer sich einem päpstlichen Ausspruch in Glaubens- und Sittenlehren nicht füge, sich von selbst von der Gemeinschaft mit der Kirche lossage.

> Aber auch wenn es sich nicht um einen feierlichen Ausspruch handelt, ist das Wort des Papstes dem katholischen Christen heilig. Er erkennt in seiner Stimme die Stimme Jesu Christi; er hört aus ihr die Eingebung des Heiligen Geistes, und darum fragt er nicht nach dem Wie und Warum, sondern folgt den Weisungen des Papstes mit rückhaltlosem Vertrauen. . . . . Er setzt seine Weisungen nicht in Zweifel mit dem Einwand, es seien nur seine Ratgeber, von denen der Befehl ausgehe; er behauptet nicht mit vorschnellem Urteil, daß der Papst nicht gut unterrichtet sei, wenn seine eigene mangelhafte Einsicht nicht bald die Bedeutung und Absicht einer päpstlichen Anordnung zu erkennen vermag; denn er weiß, daß mit derartigen Ausreden mehr als einmal der Ungehorsam und die Auflehnung begonnen haben. Dafür nimmt er die Worte des Papstes auf, wie dieser sie ausgesprochen hat und verstanden wissen will; er deutelt nicht an ihnen, noch zwängt er sie in seine Ansichten, sondern nimmt sie in aufrichtigem, kindlichen Glauben hin. Er fragt nicht, ob die Weisungen des Papstes auch für ihn Geltung haben; er weiß, daß der Papst für alle spricht.

Es wird dem Kardinal höchst schmerzlich sein, wenn er vernehmen muß, daß nicht nur die Bachemiten, sondern sogar die Jesuiten es ablehnen, den von ihm geforderten unbedingten Gehorsam gegenüber dem Papste zu betätigen. In der neuesten Nummer seiner Zeitschrift veröffentlicht Graf Oppersdorff den Brief eines der einflußreichsten Mitglieder der deutschen Provinz des Jesuitenordens an einen hervorragenden Geistlichen und dieses Schreiben enthält den überaus ketzerischen Satz: „Sicher auch Sie selbst werden als Theologe nicht für alle Weisungen des heiligen Vaters den inneren Gehorsam fordern."

Wenn solches am grünen Holze geschieht, was soll es am dürren werden!

Im übrigen kann man sich ja noch auf allerlei interessante und amüsante Dinge gefaßt machen, wenn die Veröffentlichung von privaten Schreiben, Geheimberichten und dergleichen hüben und drüben weiter geht. Einstweilen bietet die von dem „Düsseldorfer Tageblatt" ans Licht gebrachte Information der internationalen römischen Agentur über die Unterredung zwischen Kopp und Oppersdorff noch genügend Stoff zur Unterhaltung. Von Rom aus hat man bekanntlich die Existenz dieses Berichts in Abrede gestellt, und die koppfreundliche „Germania" hat dieses Dementi ohne weiteres anerkannt. Aber das „Düsseldorfer Tageblatt" bleibt bei seiner Behauptung. In dem der Oeffentlichkeit zugänglichen Agenturmaterial sei die Instruktion allerdings nicht enthalten, wohl aber in einer Geheimakte, die von der gleichen Quertreiberzentrale ausgehe, in der die Agencia Internationale Roma angefertigt werde. Auch zu dieser Sache nimmt Graf Oppersdorff in „Klarheit und Wahrheit" das Wort, aber seine Ausführungen sind dem Titel seiner Zeitschrift zum Trotz alles andere eher denn klar. Es heißt da u. a.:

> Wer eine Sensation erwartet, wird gut tun, sich beizeiten auf eine Enttäuschung einzurichten. Weder von einer sekreten Unterredung noch, was meine Person betrifft, von einem lächerlichen Geheimbericht wird zu lesen sein, sondern lediglich von der falschen Etikettierung bekanntester und jedem, der die Dinge kennt, geläufiger Tatsachen.

Es ist wirklich wie in einem Kolportageroman. Immer wenn es am spannendsten wird, schließt das Heft mit „Fortsetzung folgt". Wir müssen also wieder bis zur nächsten Lieferung warten, in der wir dann vielleicht auch näheres darüber erfahren, ob, wie es der Geheimbericht behauptete, tatsächlich das Zentrum auf den Handel: Jesuiten gegen Wehrvorlage nicht eingehen wollte. Einstweilen läßt sich die „Schlesische Volkszeitung" von „zuständiger parlamentarischer Seite" versichern, daß die Behauptung falsch sei und daß das Zentrum sich im Jahre 1913 ganz besonders bemüht habe, die Aufhebung oder Milderung des Ausnahmegesetzes zu erzielen. Was soll man glauben, und was für Ueberraschungen wird der spannende Roman noch bringen?

Deutsche Politik.

Wahlrechtsdemonstrationen in Braunschweig.

Am Sonntag fand wieder eine große Versammlung in Braunschweig statt, die den Volksmassen Gelegenheit geben sollte, das allgemeine gleiche und direkte Landtagswahlrecht mit Nachdruck zu fordern. Gen. Landtagsabg. Ströbel-Berlin sprach über den politischen Massenstreik als Waffe im Wahlrechtskampf. Die Versammlung nahm die folgende Resolution einstimmig an:

> „Die heute, am Sonntag, den 22. Februar im Konzerthause versammelten Männer und Frauen protestieren entschieden gegen das jetzige Wahlunrecht. Sie erklären mit allem Nachdruck, den Wahlrechtskampf weiterführen zu wollen und gegebenenfalls vor dem äußersten Mittel, dem Massenstreik nicht zurückzuschrecken. Die Versammelten geloben: unablässig für den Ausbau der Organisationen zu wirken und in ihren Versammlungen den Massenstreik zu propagieren. — An die Regierung und an die herrschende Klasse richten die Versammelten die Mahnung eingedenk zu sein, daß noch nie eine Volksbewegung durch Soldaten, durch Polizeisäbel oder Gummiknüppel niedergehalten wurde. Nur Organe, die sich ihrer Verantwortlichkeit nicht bewußt sind, können derartige Mittel empfehlen. — Die Versammlung erwartet, daß Regierung und der demnächst zusammentretende Landtag erneut in die Verhandlung zwecks Abänderung des jetzigen Wahlrechtes eintritt und daß diese Verhandlung endlich dem Wunsche des Volkes auf Gewährung des allgemeinen, gleichen unmittelbaren und geheimen Wahlrechts Rechnung trägt."

Weiter protestierte die Versammlung in einer Resolution gegen die Verurteilung der Genossin Luxemburg. Nach der Versammlung formierte sich die Masse zu einem großen Zuge, der sich durch die Straßen der Stadt bewegte. Die Polizei hatte wieder zahlreiche Straßen abgesperrt, auch das Militär war konsigniert zu ernsten Zusammenstößen kam es jedoch nicht. Die Polizei muß sich schon darein finden, daß die Massen die Straße für sich in Anspruch nehmen. Einige Verhaftungen erfolgten.

Die Demokraten haben gleichfalls eine Versammlung veranstaltet, in der Herr von Gerlach sprach und das Bürgertum aufforderte, sich den Arbeitern im Wahlrechtskampfe anzuschließen.

Arbeitslosenfürsorge.

Im hessischen Landtage hatten unsere Genossen den Antrag gestellt, in das Budget für 1914 den Betrag von 50 000 Mark einzustellen und an solche Gemeinden Zuschüsse zu leisten, die Arbeitslosenunterstützungen gewähren. Die Regierung verhielt sich ablehnend und verwies auf das Reich. Der Finanzausschuß der Zweiten Kammer ersuchte nun die Regierung, im Bundesrat auf Einstellung von Geldern für Arbeitslosenfürsorge hinzuwirken. Die Regierung will eine Denkschrift über die Arbeitslosigkeit in Hessen ausarbeiten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Sehnsucht der Jesuiten nach Deutschland.

Graf Oppersdorf druckt in Nr. 8 von „Klarheit und Wahrheit" (22. 2.) den Brief eines Jesuiten ab, mit dem er beweisen will, daß die Jesuiten auch zu den Kölnern übergegangen seien, aus lauter Opportunismus und in der Hoffnung, daß ihnen das Zentrum allein die Grenzen Deutschlands öffnen könne. Der charakteristische Brief des Jesuiten-Paters, der an einen französischen Ordensbruder gerichtet ist, hat folgenden Wortlaut:

„Mein lieber Abbé. Sie waren so gütig, uns ein Maß von Heroismus zuzusprechen, das wir nicht besitzen. Wir hätten das Zentrum, den Volksverein, die zaudernden Bischöfe, München-Gladbach usw. usw. angreifen müssen . . . wir haben es nicht getan. Wir haben versucht, in wohlwollender Neutralität zu bleiben, ohne ein Prinzip zu verleugnen! Warum? Weil wir nach vierzig Jahren des Exils, nach dem Ruin unserer Freunde in den katholischen Städten Deutschlands, wieder zurück ins Vaterland wollten. Wir wollten arbeiten zum Heile Deutschlands, und um das zu können, müssen wir zurück. Wer aber könnte uns die Grenze öffnen? — Mit der Bitte um ein wenig Mitgefühl für so viel enttäuschte Hoffnungen bin ich, unter Versicherung meiner ergebensten Grüße N. N. . . ., S. J."

Oppersdorf ist ganz entsetzt über den Opportunismus, der aus diesem Briefe spricht; er zeige, wessen Geist umgehe in den Reihen, die einst Man für Mann die „Garde" des Papstes waren.

Eine Sinekure.

Die halbamtliche Presse teilt mit, daß in einigen Wochen ein Wechsel in der Person des dem Kaiser von Rußland attachierten deutschen Militärbevollmächtigten stattfinden wird. General der Kavallerie Burggraf und Graf zu Dohna-Schlobitten wird durch den diensttuenden General à la suite Generalleutnant von Chelius ersetzt werden, der sich bereits im Mai auf seinen neuen Petersburger Posten begibt.

Den Abgang des Grafen Dohna hätte man dazu benutzen müssen, diese Stelle nicht mehr zu besetzen. Der Graf war lediglich dem Gefolge des Kaisers von Rußland beigegeben, und der russische Kaiser hat dafür den russischen General Tatitschew zum Gefolge Wilhelms II. kommandiert. Es handelt sich also um eine Aufmerksamkeit, die die beiden Herren einander erwiesen haben. Das deutsche Volk muß dafür pro Jahr **60 000** Mark bezahlen! Die Geschäfte eines deutschen Militärbevollmächtigten in Petersburg werden von einem anderen höheren sehr hoch bezahlten deutschen Offizier geleitet. Graf Dohna bekleidete in Petersburg nur eine höfische Stellung und es besteht nicht der mindeste Anlaß, ihm nun einen Nachfolger zu geben. Unterbleibt das, dann wird Rußland vermutlich den russischen Begleiter Wilhelms II. ebenfalls zurückziehen — eine Lösung, die im Interesse der Steuerzahler hüben und drüben nur mit Freuden zu begrüßen wäre. Hoffentlich streicht der Reichstag jetzt die Mittel für diese höfische Stellung, denn für das deutsche Volk liegt wirklich nicht der mindeste Anlaß vor, jährlich 60 000 Mk. aufzuwenden, für eine Aufmerksamkeit, die dem russischen Zaren erwiesen werden soll.

Ausland.

Rußland.

Einer neuen Revolution entgegen. Einer der angesehensten Staatsmänner Rußlands, zugleich ein gut konservativer Mann — freilich keiner von der wahnsinnig-verbrecherischen Horde der „Echtrussen" — hat im Reichsrat eine vernichtende Kritik an der bisherigen, vom Zaren auch weiter aufrechterhaltenen Regierungspolitik geübt und den Ausbruch einer neuen Revolution als Folge der herrschenden Schandwirtschaft in Aussicht gestellt. Es ist Baron v. Rosen, früher Botschafter in Tokio, der seinerzeit auf Grund genauer Kenntnis als einziger vor dem Kriege mit Japan gewarnt hat. Wieder steht er abseits der herrschenden Clique korumpierter Gewaltmenschen, um noch einmal, in letzter Stunde, zu warnen. Er ging von der auswärtigen Politik aus und erklärte einen blutigen Konflikt zwischen den beiden großen Mächtegruppen für wahrscheinlich. Wie werde es dann mit Rußland werden? Wenn wir uns frei machen von dem offiziellen Optimismus, der immer versichert: „Alles steht gut", so sehen wir zunächst, daß das russische Volk Gottseidank noch die Verehrung des Kaisers und der kaiserlichen Macht im Herzen trägt. Aber wir sehen auch die Scheidung zwischen Regierung und Gesellschaft sich in dem Maße vollziehen, in dem sich immer deutlicher das Bestreben ankündigt, die Bedeutung des großen Aktes (der Verfassung vom 30. Oktober 1905) zu zerstören, der den Namen unseres Herrschers ebenso unsterblich machen wird, wie der Name des vom russischen Volke gesegneten Zarbefreiers (Alexander II. wegen der Aufhebung der Leibeigenschaft) ist. Dieses Bestreben ist gefährlich. Die Geschichte aller Völker und aller Zeiten lehrt uns, daß die Versuche, das Rad der Entwicklung zurückzudrehen, nie zum endgültigen Erfolge geführt, aber immer verderbliche Wirkungen nach sich gezogen haben. Sie lehrt auch, daß eine wahrhaft gefährliche Revolution nie durch die utopistischen Forderungen eines extremen Radikalismus hervorgerufen wird, wohl aber durch die Weigerung rechtzeitiger Erfüllung der maßvollen Forderungen der gebildeten Gesellschaft, der in ihrer Mehrheit immer gut gesinnten Oberklasse. Solche Tendenzen sehen wir unterstützt durch Parteien, die für sich das Monopol der wahrhaft monarchischen und patriotischen Gefühle in Anspruch nehmen. Rosen wandte sich speziell gegen die nationale Unterdrückung, die gerade in den Grenzgebieten den Samen erbitterten nationalen Hasses, dieses Elements der Zersetzung, aussäe. Er schloß mit trüben Aussichten. „Ich glaube nicht, daß es einen aufgeklärten Menschen gibt, der beim Nachdenken über die unmittelbare Zukunft unseres Vaterlandes nicht instinktiv fühlt, daß wir, seemännisch gesprochen, uns von unserem Kurse abwenden und vom Winde wider einen gefährlichen Strand voll Klippen getrieben werden, an dem unser Schiff zu scheitern droht, sofern wir nicht noch beizeiten das Steuer ergreifen und eine klare, bestimmte Richtung einschlagen. Das darf nicht die Richtung des dilettantischen Lebemanns sein, der nicht wagt, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen, der sie vor dem Herrscher verbirgt und die Lehren der Geschichte mißachtet." — Es ist nicht zu erwarten, daß das verbrecherische Gesindel, das heute das russische Volk unter die Füße tritt, sich durch die Warnungen dieses treuen Monarchisten zur Scham und zu einer gewissenhafteren Politik zurückrufen läßt. Nach uns die Sintflut! war immer die Parole der zum Untergang verdammten herrschenden Schichten, die von ihrer Gewalt- und Raubpolitik kein Pünktchen aufgeben und jeden Versuch der Besserung mit roher Gewalt niederhalten. Wie seinerzeit in Frankreich wird sich diese Lehre auch im heutigen Rußland und Preußen bewähren. Denn die Sintflut wird kommen!

Badische Politik.

Messer und Revolver im Wahlkampf.

Wir haben gestern über einen Fall berichtet, wo ein Zentrumsfanatiker in einer von liberaler Seite einberufenen Eisenbahnerversammlung in Offenburg, nachdem er auf den fortschrittlichen Kandidaten Muser mit gezücktem Messer losging, an die Luft gesetzt wurde. Aber nicht nur das Messer, sondern auch der Revolver scheint bei der gegenwärtigen Wahlkampagne in Offenburg eine Rolle zu spielen. Zurzeit wird in der Offenburger Lokalpresse liberaler und zentrümlicher Observanz ein erbitterter Streit wegen Feststellung eines Revolverhelden geführt, der am Abend der Reichstagsstichwahl nach dem evangelischen Stadtvikar Wünsch scharf geschossen hat. Der genannte Stadtvikar Wünsch in Offenburg stellt den Vorgang in einer Zuschrift an das „Offenburger Tagblatt" wie folgt dar:

„Etwa zehn Minuten, nachdem das Wahlresultat bekannt geworden war, lehnte ich mich zum Fenster meiner Wohnung hinaus, um das Resultat zu erfahren. Kurze Zeit später sah ich zwei Mannspersonen von der Ecke Kirchplatz-Poststraße direkt auf das evangelische Pfarrhaus zugehen, vor dessen Eingang sie einen Schuß in die Luft abgaben. Dann setzten sie ihren Weg der Blumenstraße zu fort, währenddessen ich immer zum Fenster hinaussah. Als sie etwa meiner Wohnung gegenüber gingen, sagte einer zum andern, offenbar aufmerksam gemacht durch mein hell erleuchtetes Fenster: „Da droben wohnt auch so ein evangelischer Stadtpfarrer." Sie blieben nicht stehen; im Weitergehen schien mir aber der eine mit seiner Schußwaffe umzugehen; ich hörte Klappern von Patronen und vermute, daß er lud. Ich erwartete einen Schuß, der mich ärgern sollte, aber einen blinden, sah gar nicht mehr in die Richtung, sondern gegen die Seite der Kirche. Gleich darauf krachte es und eine Kugel durchschlug ein Fenster rechts über mir. Am andern Morgen wurde diese an meinem Schreibtisch gefunden. Ich war empört und schalt, worauf die beiden, ohne ein Wort zu sagen, der Blumenstraße zugingen.

Da die beiden Männer zuerst vor dem Pfarrhaus schossen, noch während der allgemeinen Siegesfreude, da sie ferner diese Aeußerung taten (unter sich, mir also nicht zuriefen), hielt ich die beiden sofort für Leute, die mit der Zentrumspartei in Fühlung standen. Doch überlasse ich das Urteil den Lesern; denn als evangelischer Geistlicher bleibe ich prinzipiell dem Wahlkampf fern.

Betonen möchte ich nur, daß ein „Racheakt, der persönlichem Haß entsprang," und geschehen sein soll von einem „rabiaten Menschen", damit „er sich an einem ihm verhaßten Geistlichen seiner Konfession räche", wie die „Offenburger Zeitung" vermutet, unter allen Umständen ausgeschlossen ist. Ich wüßte nicht, welchen Haß ich mir in Offenburg und weiter Umgebung zugezogen hätte, außerdem pflegen sich unsere Gemeindeglieder nicht so tückisch an ihren Geistlichen zu rächen. Untersuchungen der Gendarmerie nach dieser Richtung verliefen vollkommen ergebenslos."

Also, die Untersuchungen verliefen vollkommen erfolglos, aber die zentrümliche „Freiburger Tagespost" wußte schon am letzten Freitag zu berichten:

„Wie jetzt bekannt wird, **hat der Uebeltäter mit dem Zentrum nicht das Geringste zu tun.** Auch der Grund seines Tuns war nicht politischer, sondern persönlicher Natur. Der Mann soll gegen den Herrn Vikar aufgeregt gewesen sein wegen einer Sache, die mit der **demnächstigen Konfirmation seiner Tochter zusammenhing. . . ."**

So, So! Aber in der gestrigen „Offenburger Zeitung" erläßt der Ortsausschuß der **Zentrumspartei** folgende „Aufforderung":

„Der Ortsausschuß der Zentrumspartei zahlt demjenigen, welcher über die von Stadtvikar Wünsch im Offenburger Tageblatt geschilderte Revolverschießerei vor seiner Wohnung in der Poststraße der Behörde Angaben macht, welche zur Bestrafung des Täters führen, den Betrag von 100 Mk."

Also, das Zentrum weiß ganz genau, wer der Revolverschießer ist und kennt auch die näheren Umstände, die den Mann veranlaßten, gegen den evangelischen Vikar loszuknallen. Aber trotzdem erläßt es in emsiger Geschäftstätigkeit einige Tage nachher einen Aufruf und will einem Angeber 100 Mark zu verdienen geben, um welchen Siegespreis sich jetzt die Redaktion der „Freiburger Tagespost" mit Erfolg bewerben kann.

Uns scheint die „Aufforderung" des Ortsausschusses der Zentrumspartei weiter nichts wie eine Heuchlerkomödie zu sein. Den Schwarzen ist es unangenehm, daß kein Mensch daran zweifelt, daß der Revolverheld nach Lage der Sache eher im schwarzen Lager zu suchen ist, wie im liberalen. Die Zentrumspresse hat im Wahlkampfe das menschenmöglichste zur Aufpeitschung der niedrigsten Leidenschaften geleistet. Braucht man sich da zu wundern, wenn besonders eifrige Zentrumsfanatiker niederer Bildungsstufe zu Messer und Revolver greifen, um der „guten Sach" die richtige Weihe zu geben?

Todtnau, 23. Febr. Vor einigen Tagen fand hier unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Thoma (Freiburg) eine Versammlung zur Besprechung des Bahnprojektes Freiburg-Todtnau mit Anschluß nach Zell und Basel statt. Nach Prüfung der verschiedenen vorliegenden Projekte einigte man sich auf die Linie Freiburg-Herental-Halde-Muggenbrunn-Aftersteg-Todtnau. Das Ganze ist ein Privatunternehmen mit Unterstützung des Staates und so viel wie gesichert. An der Spitze der Finanzgruppe steht die Stadt Freiburg. Vorgesehen ist die Erstellung einer Schmalspurbahn bis Zell mit elektrischem Betrieb. Man hofft den Betrieb in drei Jahren eröffnen zu können. Von dem weiteren Projekt einer Bahn vom Schauinsland nach dem Feldberg wurde vorläufig Abstand genommen.

Pforzheim, 23. Febr. Die hiesigen Fischhändler haben sich jetzt wegen der von ihnen gewünschten Abschaffung des städtischen Seefischmarktes mit einer Bittschrift an das großh. Ministerium gewendet. Die Beschwerde stützt sich vor allen Dingen, darauf, daß nicht bloß Fische verkauft werden, die als Volksnahrung dienen, sondern auch Edelfische und daß städtische Angestellte Wirtschaften aufsuchen und Fische anbieten. Auch heißt es in der Eingabe weiter, daß die Stadtverwaltung den Fischhändlern zugemutet habe, Seefische, die am städtischen Fischmarkt ohne

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt.

14 Humoreske von Heinrich Zschokke.

(Fortsetzung.)

Ueberlegungen anderer Art.

Der Baron von Malzen hingegen brachte den Tag traurig zu. Er ritt nach Malzendorf zurück, mit gesenktem Haupte. Immer schwebte ihm Suschens Gestalt vor — immer wiederholte er sich, und oft mit lauter Stimme: „Ein himmlisches Geschöpf! nie führe ich ein anderes Weib zum Altar, wie dieses!" Er hörte ihrer Stimmer Silberton; sah ihren beredeten Blick voll Tränen, ihre Verklärung im Erröten. „Mein Gott, und diese Heilige, mein Weib, und ich darf sie nicht mein nennen!" rief er dann wieder.

Die Hoffnung, sie wiedersehen zu dürfen, erfüllte ihn mit Entzücken. Er tat Verzicht auf ihre Hand, aber nicht auf das Glück, sie anbeten zu dürfen. Liebe konnte er nicht von ihr hoffen, aber doch Duldung um des Sohnes willen. Er verlor sich in Wehmut, und fuhr aus dem süßen Schmerz wieder zur Wut auf, wenn er des Prozesses, und der Ursache desselben, und seiner empörenden, verleumderischen Briefe gedachte.

Sein armes Pferd mußte alle Empfindungen, die ihn abwechselnd ergriffen, büßen. Mit der Verzweiflung ritt er Galopp zum Halsbrechen; in den Erinnerungen an die reizende Gemahlin im langsamen Schritt; raschen Trab gings bei Furcht und Hoffnung.

So kam er vor seinem väterlichen Schloß an, ohne zu wissen, wie. Da war ihm alles öde und leer. Er wollte lesen, rechnen, zeichnen, spazieren gehen, den Pfarrer besuchen, oder einen benachbarten Edelmann überraschen — alles war nichts. Sein Herz rief nach der schönen Gestalt, die ihm erschienen war; er hätte Nieder-Fahren nur aus der Ferne sehen mögen.

Das Fieber ward, wie jedes Fieber, mit Sonnenuntergang heftiger. Er ließ niemanden vor sich, machte Entwürfe, Verse, und schrieb Briefe an die Geliebte, die wieder verbrannt werden mußten.

Man muß erst einmal über seine Sache schlafen, wenn man sie recht überdenken will. Der gute Pompejus fand am andern Morgen, da er nüchtern worden, alles anders; die ganze Welt, welche den Tag vorher aus ihren Angeln gerissen zu sein schien, stand wieder in ihrem alten Geleise. Er verwunderte sich wirklich über seinen gestrigen Rausch, und schämte sich desselben.

„Was triebst du? dachte er, und zerriß mit Unwillen die Verse, die noch auf dem Tisch lagen, warst du wahnsinnig? — Nun ja, deine sogenannte Gemahlin ist artig, aber welche Narrheit, darüber aus der Haut fahren zu wollen? — Welch ein toller Roman war das? Sich erst ein Mädchen vom Hals wegprozessieren, der Welt zum Gespött werden, sich durch ein Zeremoniell zusammengeben lassen, um die sogenannte Ehre herzustellen, dann sich in sie verlieben! Gottlob, Pompejus, daß du deine Augen wieder hast. Jeder Mensch mag wohl dann und wann einmal im Leben einen Anfall von Verrücktheit haben; du hattest ihn gestern, und führtest dich im Wirtshause wie ein Knabe auf."

Er ging an seine landwirtschaftlichen Arbeiten; war tätig einen Tag nach dem andern, wie zuvor; und um sich selbst zu überzeugen, daß er vollkommen am Geist gesund sei, beschloß er, in den nächsten vierzehn Tagen nicht nach Nieder-Fahren zu gehen, um seinen Sohn zu sehen. Und er hielt sich Wort, ohne daß es ihn Ueberwindung kostete.

Die Baronin.

Zu Nieder-Fahren hatte sich in der gewohnten Hausordnung aber mancherlei geändert. So hatte Tantchen es gewollt. Alles mußte mit gebührendem Anstand geschehen.

Der jungen Frau Baronin war ein besonderer Flügel im herrschaftlichen Gebäude eingeräumt; sie hatte die freie Verfügung über die Zinsen ihres Vermögens erhalten; eigene Kammerjungfern zur Bedienung empfangen; der Titel Baronin durfte nicht fehlen; nur Tantchen und Oheim erlaubten sich noch den trauten, alten Namen Suschen.

Nach diesen ersten Einrichtungen, welche Suschen für sehr überflüssig, Tantchen für unumgänglich wesentlich hielt, ward Herr Advokat Kurzbein wegen den Scheidungsklage mit allem Nötigen versehen. Nach acht Tagen brachte der Advokat den Scheidungsantrag schriftlich — die Tante streute noch einige ihrer bitteren Bemerkungen gegen den Herrn Baron ein; sie nannt das in ihrer Sprache „Pfeffer und Gewürz dazu tun", Suschen unterschrieb.

Inzwischen ging es dem guten Suschen wunderbar. Es konnte nie den kleinen Pompejus ansehen, ohne des großen Pompejus zu gedenken. Und wenn die Mutter den Knaben küßte, fiel ihr immer dabei ein, daß sie nun Gattin sei ohne Gatten. — Das Aergste von allem aber war der Umstand, sie konnte, so sehr sie sich auch, der Tante zu Gefallen, Mühe gab, den Baron nicht hassen, dennoch den Mann nicht hassen, dessen Ebenbild sie in ihrem Kinde liebte. — Ja, bei reiflichem Erwägen dessen, was der Baron in dem kleinen Wirtsstübchen gesprochen, und die Art, wie er sich benommen, und die Wahrheit, mit der er zu ihren Füßen geweint hatte, konnte man ihm eigentlich gar nicht hassenswürdig nennen.

Sie freute sich sogar ein wenig, daß er kommen und ihren Sohn sehen würde. Die Dringlichkeit, mit der er Erlaubnis dazu gefordert, ließ vermuten, er werde bald kommen. — Sie betrachtete zuweilen den prächtigen Brillantring, den er ihr gegeben. Den zweiten Tag ging sie, und den dritten noch öfter zum Juwelenkästchen, in dem er lag: den vierten steckte sie ihn sogar an den Finger und trug ihn in ihrem eigenen Zimmer — denn wehe, wenn ihn die Tante an ihrer Hand bemerkt hätte.

Als nun aber acht Tage und zwei Wochen vergingen, und der Baron nichts von sich sehen und hören ließ, und die Tante jeden Morgen und jeden Abend wiederholte: „Siehst du, was seine zärtlichen Vaterkrokodiltränen zu bedeuten hatten? Zum Besten wollte er dich damit haben! Mich aber hintergeht er nicht!" da ward auch sie voll Argwohns. Der Ring blieb wieder im Juwelenkästchen. Sie sah in seltener und wurde stiller und nachdenkender.

(Fortsetzung folgt.)

genügende Kühlvorrichtungen tagelang liegen bleiben, zu übernehmen, wenn sie nicht an den bekanntgegebenen Verkaufstagen abgingen und dadurch dem Verderben ausgesetzt waren.

Soziale Rundschau.

Ueberfüllung der Bauberufe.

Die scheinbar hohen Löhne haben einen enormen Zuzug von Arbeitskräften zum Baugewerbe veranlaßt, der zu dauernder Arbeitslosigkeit eines großen Teils der Bauarbeiter führt. Nicht weniger ungünstig haben die technischen Umwälzungen im Baugewerbe auf die Lage der Bauarbeiter eingewirkt. Insbesondere macht die immer größere Verbreitung des Beton- und Eisenbetonbaues an Stelle des Backsteinbaues eine große Anzahl baugewerblicher Arbeiter überflüssig. Dazu kommt, daß den Stukkateuren durch die Einfachheit in der Gestaltung der Fassaden und Innenräume viel Beschäftigung genommen wurde. In gewöhnlichen Wohnhäusern wird kaum noch Stuck angebracht. Auch durch die zum Teil sehr starke Steigerung der Arbeitsleistung infolge der Verkürzung der Arbeitszeit und die immer mehr um sich greifende Akkordarbeit werden viele Bauarbeiter überflüssig.

Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter geht selbst in Jahren guter baugewerblicher Konjunktur weit über den Durchschnitt der übrigen Berufe hinaus. So war 1912, einem Jahr mit ausgesprochen guter Baukonjunktur, nach der Statistik des Bauarbeiterverbandes, in den Sommermonaten die Prozentzahl der arbeitslosen Bauarbeiter dauernd zwei- bis dreimal so hoch als bei den anderen Verbänden im Durchschnitt genommen. Die Arbeitslosigkeit betrug

	im April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Allg. Reichsdurchschnitt:	1,7	1,9	1.7	1,8	1,7	1,5
im Baugerwerbe:	6,0	5,1	4,7	4,5	6,3	5,8

In den sechs übrigen Monaten des Jahres ist der Unterschied noch viel größer. Es waren arbeitslos:

	im Jan.	Febr.	März	Okt.	Nov.	Dez.
Allg. Reichsdurchschnitt:	2,9	2,6	1,6	1,7	1,8	2,8
im Baugewerbe:	44,0	25,7	8,3	7,5	10,9	15,8

Noch viel schlimmer ist die Arbeitslosigkeit in Krisenjahren. Im Sommer 1913 waren in vielen Orten monatelang 30 Proz. und mehr der Bauarbeiter arbeitslos, im Sommer, wo die Bauarbeiter so viel verdienen sollen, daß sie etwas für die Zeit der winterlichen Verdienstlosigkeit zurücklegen können. Wie es da erst im Winter aussieht, kann man sich denken! Am schlimmsten sind die Arbeitsverhältnisse für die Bauarbeiter der Großstädte. Hier geht nicht nur die Revolutionierung der Bautechnik am schnellsten vor sich, sondern nach dort strömt eine besonders große Zahl von Bauarbeitern, in der trügerischen Hoffnung, dort leichter Arbeit zu finden. Die Folge davon ist, daß die Zahl der Bauarbeiter, die trotz des scheinbar hohen Stundenlohnes nur ein sehr kleines Jahreseinkommen haben, außerordentlich groß ist. Im Interesse der gesamten Bauarbeiter liegt es, wenn der Zustrom zum Baugewerbe und damit die Ueberfüllung der Bauberufe und die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter nachließe. Da die Revolutionierung des Baugewerbes weitere Fortschritte macht und ohnehin immer mehr Bauarbeiter aus ihren alten Berufen hinausdrängen wird, so wird zweifellos mancher junge Arbeiter, der sich mit großen Hoffnungen den Bauberufen zuwendet, in diesen nicht finden, was er von ihnen gehofft hat. Die Berücksichtigung dieser nicht gerade verlockenden Zustände in den Bauberufen dürfte für viele Eltern und jugendliche Arbeiter bei der bevorstehenden Berufswahl für die jungen Leute sehr nützlich sein.

* **Die Ausschußwahlen für die Betriebskrankenkasse der Staatsbahn.** In der vergangenen Woche wurde der Ausschuß der Betriebskrankenkasse der Badischen Staatseisenbahnen neugewählt. Jede der beiden großen Eisenbahnerorganisationen, Süddeutscher Eisenbahnerverband und Badischer Eisenbahnerverband hatten eine Liste aufgestellt. Von rund 18 000 Pflichtmitgliedern der Krankenkasse machten 15 189 (rund 82 Prozent) vom Wahlrecht Gebrauch. Auf die Liste des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes entfielen 4203 Stimmen, somit 14 Vertreter, und auf die Liste des Badischen Eisenbahnerverbandes 10 544 Stimmen, somit 36 Vertreter. Ungültig waren 442 Stimmne.

* **Verein „Erholungsheim".** Seit mehr als fünf Jahren hat der Verein „Erholungsheim" das im Kinzigtal zwischen Hausach und Haslach gelegene jedem Touristen wohl bekannte Gut Hechtsberg gepachtet und hier ein Erholungsheim eingerichtet. Das schön gelegene Heim erwies sich auf die Dauer zu klein und nun hat sich der Verein entschlossen, ein eigenes Heim zu bauen. Die Wahl fiel auf ein Grundstück bei Scheuern (im Murgtal), das dem Verein für rund 25 000 Mk. angeboten wurde. Wie man hört, will das Finanzministerium auf die Vorlage des Vereins hin, zu dem Bau einen Zuschuß von 100 000 Mk. gewähren. Dieser Zuschuß soll hälftig auf zwei Budgetperioden verteilt werden.

* **Zur Arbeitslosenversicherung.** Seit einer Reihe von Jahren hat die sozialdemokratische Rathausfraktion in Kiel bei jeder Etatsberatung den Antrag gestellt, Mittel für die Vorbereitung einer Arbeitslosenversicherung in den Etat einzustellen, ohne daß dieses Vorgehen Erfolg gehabt hätte. Bei der Etatsberatung im Frühjahr 1913 endlich hatte die Anregung der sozialdemokratischen Fraktion den Erfolg, daß die städtischen Kollegien eine Kommission zur Prüfung der Frage der Einführung einer Arbeitslosenversicherung einsetzten. Nach vielen Kämpfen in der Kommission brachte diese einen Entwurf zustande, der die Errichtung einer Arbeitslosenversicherungskasse vorsieht. Berufsvereine und Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen konnten korporativ, die anderen Arbeiter als Einzelmitglieder beitreten. Die Beiträge waren nach vier Klassen abgestuft und zwar von 2½ bis 20 Pfg. pro Mitglied für die Berufsvereine, und von 5 bis 40 Pfg. wöchentlich für Einzelversicherte. Die Stadt sollte einen jährlichen Zuschuß von 20 000 Mark geben. Das im Falle der Arbeitslosigkeit gewährte Tagegeld sollte ohne Rücksicht auf die Kinderzahl für Einzelversicherte 1,15 Mk., für Mitglieder der Berufsvereine 80 Pfg. betragen. Trotz der großen Bedenken, die gegen eine solche Regelung der kommunalen Arbeitslosenversicherung bestanden, hatten sich die sozialdemokratische Fraktion und die übergroße Mehrheit der Gewerkschaftszahlstellen dafür erklärt. Selbst ein bürgerlicher Stadtverordneter, der bekannte Professor des Staatsrechts Harms erklärte, daß die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Fraktion bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen seien. Trotzdem scheiterte die Annahme des Entwurfs an dem Starrsinn des Magistrats. Der Magistrat hatte den Antrag eingebracht, prinzipiell die Einführung einer Arbeitlosenversicherung abzulehnen. Nach fünfstündiger Redeschlacht, in der die sozialdemokratischen Redner mit aller Energie für eine Arbeitslosenversicherung ins Zeug gingen, bekam die unsoziale Richtung im Magistrat, deren Seele der Oberbürgermeister Lindemann war, ihren Willen. Die Stadtverordneten stimmten mit 27 gegen 17 Stimmen (neben den 23 Sozialdemokraten noch 4 Bürgerliche) für eine Arbeitslosenversicherung, der Magistrat mit 6 gegen 5 Stimmen dagegen. Da nach der schleswig-holsteinischen Städteordnung zur Gültigkeit eines Beschlusses die Mehrheit der Stadtverordneten und die Mehrheit des Magistrats gehört, war damit die Arbeitslosenversicherung für Kiel abgelehnt.

* **Eine Sterbe- und Krankheitsstatistik.** Die neueste Sondernummer der Statistischen Mitteilungen für das Großherzogtum Baden enthält eine sehr interessante medizinische Statistik für das Jahr 1912, aus der manche bemerkenswerte Zahlen und Angaben zu entnehmen sind. So sehen wir, daß die Säuglingssterblichkeit im Jahre 1912 gegenüber 1911 eine Abnahme um 2145 Fälle (20,4 Proz.) erfahren hat. Sie ist damit die günstigste im letzten Jahrzehnt. Die vorwiegend industriellen Bezirke, Schwetzingen, Bruchsal und Mannheim, in denen die Frauenarbeit in erheblichem Umfange verbreitet ist, haben den größten Anteil an der Säuglingssterblichkeit. Weniger günstig stellt sich die Sterblichkeit im Wochenbett. Im Jahre 1912 ist die Zahl der Erkrankungen wie die der Todesfälle an Kindbettfieber größer gewesen, als in den Vorjahren. — Die Pocken (Blattern) treten seit 40 Jahren nur noch in vereinzelten, vom Ausland eingeschleppten Fällen auf. Zurückgegangen waren im Jahre 1912 die Erkrankungen an Scharlach, an Diphtheritis und Krupp, auch an Typhus; dagegen war die Zahl der Todesfälle an Masern besonders groß. ebenso an Keuchhusten. Die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht war im Jahre 1912 die niedrigste, bisher in Baden beobachtete. Die seit mehr als einem Jahrzehnt in Baden systematisch betriebene Bekämpfung der Tuberkulose hat erfreuliche Erfolge gezeitigt. — Durch Selbstmord starben im Jahre 1912 486 Personen, 48 mehr als 1911, durch Verbrechen und Vergehen 85 Personen, durch Unglücksfälle 775. Es ist hier eine ganz geringe Abnahme gegenüber dem Jahre 1911 zu verzeichnen.

Heimat.

Kalt blies der Wind über Land. Aber da flammte die Sonne durch die Wolken, daß der harte Schnee ringsum aufglänzte wie ein wahrhaftiges Wundergeschmeide.

In diesem Augenblick betrat Franja, sehr müde und ganz verfroren, das Bahngleis. Eine Reihe leerer Lastenwagen stand schläfrig auf den Schienen. Franja schwang sich auf ein Trittbrett, trat in einen Wagen, setzte sich auf den Bretterboden, zog ein Stück Brot aus der Tasche und aß es im Glanze der Sonne. Dann stand er auf, sprang wieder hinab und entdeckte auf der untersten Wagentreppe ein Stückchen Kreide.

War es das bißchen Sonne? Oder brauchten die verfrorenen Finger ein wenig Bewegung? War es die Erinnerung an die Lehrerfamilie, die ihm, dem Landstreicher, gestern abend eine gute warme Suppe vorgetischt hatte? Kurzum: Franja nahm die Kreide zwischen die Finger und versuchte, langvergessene Künste wieder zu proben: er begann zu kritzeln. Schon stand ein dicker Strich da. Wie ein Gendarm. Und jetzt noch einer. Aber wenn man die beiden durch ein zartes Strichlein verbindet, lächelt einen dann nicht ein liebliches H an?

Und auf einmal stand ein ganzes Wort herrlich und leibhaftig in der linken Ecke des Lastwagens: HEIMAT. Ganz eckig, ganz ungefügt, ein wenig schüchtern und verschämt — so sehen die Buchstaben aus. Franja aber blickte sie stolz und strahlend an. Er konnte also noch schreiben. In einem Bureau könnte er eigentlich sitzen und die wichtigsten Staatsakten verfertigen.

Dann entdeckte er auf einmal, daß Das Wort sogar einen Sinn hatte und einen poetischen Klang. Heimat! Es ist ein großartiges Wort. Franja verfügt also über großartige Worte. Er könnte ganz gut Lehrer sein. Keiner seiner Schüler dürfte Landstreicher werden. „Kinder," würde er zu ihnen sagen, „Lernt! lernt alle viel, strengt euch an, damit ihr einmal . . ."

„Heda!" Klang plötzlich eine unfreundliche Stimme.

Unwillkürlich legte Franja wieder die Kreide an ihre Stelle.

Ein Bahnbediensteter kam heran! Fort vom Gleis!"

Die Sonne versteckte sich wieder hinter den Wolken. Der Wind blies wieder kalt über Land.

Franja machte sich auf und ging übers Gleis hin zur Landstraße, weiter in den Schnee hinein, in die Kälte, in den Abend. in die Welt. Und auf einmal kam er darauf, was das für ein Wort war: Heimat. Ein Wort, das nur für die Reichen in der Welt war. . . .

Die Lastwagen aber wurden noch am selben Tage beladen mit Kohle, mit Maschinen, mit Kisten, Koffern und vielen, vielen Waren. Auf einmal kam ein Ruck in sie und alle rollten fort in fremde Länder und weiten Städten zu. Mit vielerlei Zeichen, Ziffern und Buchstaben wurden die einzelnen Wagen beschrieben. An einem aber, unten links in der Ecke, war „Heimat" zu lesen.

Kein Mensch kümmerte sich um die kindisch gekritzelten Buchstaben. Der Wagen rollte an tausend Menschen, Stationen, Eisenbahnzügen vorüber. Die „Heimat" wurde immer undeutlicher, verlor das E, das M und verschwand endlich völlig — ganz wie Franja, ganz wie alle arme Sehnsucht.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Deutsche Arbeiter-Sänger-Zeitung. Organ des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes. Erschienen ist die Nr. 56. Aus dem Inhalt sei erwähnt: Parsival. Von Fr. Carv; Praxis der Chorführer. Von Fr. Bothe. Aus den Mitgliedschaften; Allgemeines; Bekanntmachungen.

Wie jede Familie im Eigenhause billiger als zur Miete wohnen kann. Unter diesem Titel ist eine schon in 100 000 Exemplaren verbreitete Schrift des Kgl. Bauinspektor F. Flur erschienen, die allen Kreisen die richtigen Wege zeigt, wie man aus dem großen Mietshause mit allen seinen gesundheitlichen und sonstigen Nachteilen ohne Mehrausgaben in das idyllische von Gärten umgebene Einfamilienhaus ziehen kann. Das 160 Seiten starke lehrreiche Werk (1,80 Mk., Porto 20 Pf.) enthält eine Fülle Anleitungen und Ratschläge, welche Kosten für ein Haus mit Garten in den verschiedensten Größen der angefügten Hausbeispiele in Frage kommen, was man vom Hausplan und Hausbau wissen muß, wie man sich Baugeld und Hypotheken beschafft, den Garten anlegt, damit er einen Teil des Hauszinses mit einträgt, zeigt praktische Einrichtungen für das Haus und ein Verzeichnis der Stellen, die Hypothekengelder geben, nebst ca. 160 Plänen und Ansichten geeigneter Hausbeispiele. Das im Heimkulturverlag zu Wiesbaden 38 erschienene Buch kostet portofrei 2 Mk. und für Mitglieder der Gesellschaft für Heimkultur e. V. (Sitz Wiesbaden) wird es kostenlos geliefert mit vier anderen größeren Büchern und der Vereinszeitschrift „Heimkultur" (Gesamtwert 24 Mk.). Mitgliedsbeitrag nur 10 Mk. jährlich. Unsere Leser erhalten Satzungen usw. der Gesellschaft für Heimkultur e. V., Wiesbaden 38, auf Verlangen kostenlos zugesandt.

Aus der Partei.

Wegen angeblicher Beleidigung des bayerischen Offizierkorps ist gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Bayreuther Parteiblattes, gegen Genossen Hacke, ein Strafverfahren eingeleitet worden. Die Beleidigung ist in einer Lokalnotiz gefunden worden, die am 28. Januar in der „Fränkischen Volkstribüne" veröffentlicht wurde. Am Freitag wurden die beiden Redakteure vom Untersuchungsrichter vernommen und eine Haussuchung wurde in den Geschäftsräumen der „Volkstribüne" veranstaltet.

* **Ein Gegner der Sozialdemokratie.** Die Arbeitergemeinde Löbejün bei Halle hat einen Schulleiter namens Klonz. Diesem scheint die Sozialdemokratie besonders verhaßt zu sein. Kurz vor dem vorjährigen Gewerkschaftsfest hielt er in den oberen Klassen der Volksschule einen Vortrag über die „Verlogenheit der Sozialdemokratie". In dem Vortrag bezeichnete er die Sozialdemokraten als Schandkerle, und von den Führern sagte er, sie lockten den armen Arbeitern nur die Gelder aus der Tasche, um sich damit selbst zu bereichern. Die Kinder mußten über diesen Vortrag einen Aufsatz anfertigen. Am Tage vor dem Gewerkschaftsfest verbot er dann den Kindern die Beteiligung an dem Umzug. Als trotzdem sich eine große Anzahl der Kinder sozialdemokratischer Eltern an dem Festzug beteiligten, hagelte es am anderen Tage Prügel empörendster Art. Die Eltern der geprügelten Kinder waren hierüber dermaßen aufgebracht, daß sie in größerer Anzahl vor die Wohnung des Rektors gingen und dort ihrem Herzen Luft machten. Die Folge davon war eine Anklage gegen eine Anzahl Personen, die sich jetzt vor dem Strafrichter in Halle zu verantworten hatten. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Rektor sich von politischen Gesichtspunkten hatte leiten lassen, und daß die Kinder furchtbar geprügelt worden waren. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen die Angeklagten Gefängnisstrafen in Höhe von zwei Wochen bis zu fünf Monaten; nur zwei Angeklagte sollten mit Geldstrafen von 50 und 100 Mk. davonkommen. Das Gericht war einsichtsvoller: es erkannte nur gegen einen Angeklagten als „Anstifter" auf einen Monat Gefängnis; gegen zwei Angeklagte auf 50 Mk., gegen zwei Frauen auf 40 Mk. und gegen die übrigen Angeklagten auf 30 Mk. Geldstrafe.

* **Der sozialdemokratische Frauentag** beginnt sich auch in der Schweiz immer mehr und mehr einzubürgern. In diesem Jahre werden an 32 Orten des Landes Demonstrationsversammlungen abgehalten werden. Als Beweis des Fortschreitens der proletarischen Frauenbewegung kann betrachtet werden, daß in diesen Versammlungen neben einem referierenden Genossen noch je eine Genossin referieren wird. Noch vor wenigen Jahren schien es ganz unmöglich, daß wir in unserem kleinen Ländli mit seinen vier Sprachgebieten zweiunddreißig proletarische Rednerinnen aufbringen können, — diesmal haben wir es zuweg gebracht. Besonders erfreulich ist es, daß es sich dabei nicht um die Frauen rühriger Genossen handelt, wie es früher in der Frauenbewegung der Fall war, sondern zu einem großen Teil um erwerbende Frauen, die den Lehrerinnen-, Aerztinnen-, Rechtsanwalts- und Fabrikinspektorsberuf ausüben. Auch dies ist ein erfreuliches Symptom dafür, daß die Bewegung der sozialistischen Frauen vorwärtsschreitet. Die schweizerischen Frauen werden sich am 8. März denen des Auslandes völlig ebenbürtig erweisen.

* **Eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen** im Regierungsbezirk Potsdam tagte am Sonntag in den „Germaniasälen" in Berlin. Außer der Frage: „Wie gewinnen wir die Frauen für die politische Organisation und wie schulen wir sie zu tätigen Klassenkämpferinnen?" wurden auch die agitatorischen Maßnahmen für den Frauentag und die „rote Woche" erörtert. Aus letzterem Anlaß nahmen an der Konferenz auch männliche Vertreter der Kreisorganisationen und der einzelnen Ortsvereine teil. Anwesend waren 100 Genossinnen und Genossen. Eingeleitet wurde die Konferenz mit einer Sympathieerklärung für die Genossin Rosa Luxemburg. In einem instruktiven Referat gab dann Gen. Wels-Berlin ein Bild von der Organisation der „roten Woche" und eine Anzahl Ratschläge und Winke für den erfolgreichen Ausgang dieser Parteiaktion. Er forderte auf, überall zu begeisterter Mitarbeit anzuspornen und legte besonderes Gewicht darauf, daß bei dieser großzügigen Agitation Qualitätsarbeit geleistet werde, was umso dringender erscheine, als die Gegner mit dem Plane umgehen, der „roten Woche" eine schwarz-weiß-rote Woche entgegen zu setzen. Das Referat über die Frauenagitation hielt die Genossin Luise Zietz vom Parteivorstand. Ihre Ausführungen waren ausschließlich der praktischen Agitationsarbeit gewidmet. Kurz auf die soziale Notwendigkeit der Betätigung der Frau am politischen Leben verweisend, erläuterte die Rednerin unter Anführung erlebter Beispiele die zweckmäßigsten Agitationsmethoden, die Mittel und Wege zur politischen Schulung der organisierten Frauen und das Erfordernis der Mitarbeit der geschulten Frauen bei allgemeinen und bei Wahlagitationen der Partei. Im besonderen sprach Genossin Zietz über den Frauentag am 8. März, der eine anfeuernde Einleitung der „roten Woche" werden müsse. In der Diskussion, an der sich vornehmlich Frauen beteiligten, wurden Erfahrungen ausgetauscht, neuen Anregungen und dem Bewußtsein allgemein Ausdruck gegeben, daß die Konferenz für den Erfolg des Frauentages und der „roten Woche" von großer Nützlichkeit gewesen sei.

* **Zum außerordentlichen schweizerischen Parteitage** wird der erweiterte Parteivorstand der schweizerischen Sozialdemokratie am 15. März in einer Sitzung in Olten Stellung nehmen. Es handelt sich um die Festsetzung der Tagesordnung des außerordentlichen Parteitages, der am 15. und 16. August in Bern stattfinden soll. Dieser Parteitag wird zu entscheiden haben über eine Reihe wichtiger Initiativen und über die Frage, ob das Fabrikgesetz der Volksabstimmung unterworfen werden soll. Die Vorstandssitzung wird noch einmal den Fall Brupacher und den Fall Ricklin behandeln, allerdings nur in formaler Hinsicht. Es ist geplant, durch Erweiterung der Statuten der zentralen Parteiinstanz weitere Vollmachten bei Ausschlußverfahren zu geben. An der Erledigung der beiden Fälle durch die kantonalen Parteiinstanzen kann der Parteivorstand nichts mehr ändern.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Bauarbeiter! Ueber die Baustelle Pfinzspülkanal Karlsruhe in der Durlacher Allee ist die Sperre verhängt. Zuzug ist streng fernzuhalten! Solche mit der Sperre im Zusammenhang stehende Vorkommnisse sind sofort an den Deutschen Bauarbeiterverband, Wilhelmstraße 47, zu richten.

Die Zweigvereinsleitung.

* **Ist „Streikbrecher" eine Beleidigung?** Im August 1913 fand bekanntlich in Stettin ein Werftarbeiterstreik statt. In einer in Stettin abgehaltenen Versammlung der Vulkan-Arbeiter wurde an den Referenten Kupferschmied Kühne die Frage gerichtet, wie man die drei Leute bezeichne, die aus Hamburg nach Stettin gekommen seien, und, obwohl sie wußten, daß auf dem Vulkan gestreikt werde, Arbeit annahmen. Kühne antwortete: diese Leute seien als Streikbrecher zu bezeichnen. Das Fachorgan des Verbandes, der „Kupferschmied", berichtete über die Versammlung und brachte auch den erwähnten Ausspruch. Die drei Hamburger Kupferschmiede, ein Werkmeister und zwei

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Vorarbeiter, stellten deshalb gegen Kühne und den Redakteur des „Kupferschmied", Gen. Saupe, Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung. Die Privatkläger gehören dem Vernehmen nach der gelben Organisation an.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte sprach die Angeklagten frei. Auf eingelegte Berufung der Privatkläger hatte sich das Landgericht 1 Berlin mit der Sache zu befassen. Die Beklagten hatten Rechtsanwalt Wolfgang Heine zum Verteidiger, die Hamburger Privatkläger Rechtsanwalt Dr. Franke aus Hamburg. Nach längerer Verhandlung und Beratung hob der Gerichtshof das freisprechende Urteil auf und erkannte auf je 30 Mark Strafe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schwartze, bemerkte in der Urteilsbegründung: Wenn auch der Streik als wilder, von der Gewerkschaft nicht anerkannter anzusehen war, so sei das Wort Streikbrecher in Arbeiterkreisen auf alle Fälle eine der schwersten Beleidigungen. Der Gerichtshof ist nicht der Ansicht, daß die Angeklagten die Absicht der Beleidigung hatten, zweifellos aber haben sie das Bewußtsein der Beleidigung gehabt, die schon in der Anfrage an Kühne gelegen habe. Kühne habe die Beleidigung gewissermaßen durch seine Antwort bestätigt. Den Privatklägern wurde die Publikationsbefugnis im „Kupferschmied" zuerkannt.

* **Die Anerkennungsschreiben der Streikbrecherlieferanten.** Bei dem Bemühen, neue Kundschaft für Streikbrecherlieferungen zu erwerben, legen die Herren Streikbrechervermittler Anerkennungsschreiben der Unternehmer vor, worin ihnen die Vorzüglichkeit der von ihnen gelieferten Waren attestiert wird. Welchen Wert diese Anerkennungsschreiben in Wirklichkeit haben, sei hier an einem konkreten Fall dargetan. Eine Firma Lindenberg paradiert mit einem Anerkennungsschreiben der Hessischen Aktienbrauerei Kassel. Dieses Zeugnis, das am 20. Juli 1913 ausgestellt ist, lautet nämlich:

„Aus Veranlassung eines Streikes unseres gesamten Personals bekamen wir durch die Firma Lindenberg u. Mayer in Wandsbek 49 Leute, mit denen wir den Betrieb 8 Tage lang aufrecht erhielten. Wir waren mit der Führung und Arbeit der Leute sowie mit der Aufsicht und den Dispositionen der Kontrolleure aufs beste zufrieden und sprechen der Firma gern unsere vollste Anerkennung für die glatte Abwickelung der Angelegenheit aus.

Hessische Aktienbrauerei Kassel."

Dagegen höre man, was der Direktor und der Braumeister des Betriebes nach Beendigung des Streikes über die Arbeitswilligen und ihre Leistungen zu sagen hatten. Der Braumeister Rose schildert die Hintzebrüder wie folgt:

„Um halb 9 Uhr morgens kann ich nicht mehr garantieren, daß sie noch nüchtern sind."

Und der Direktor Doornkaat hatte folgendes festzustellen:

„Wo diese Leute gehaust haben, kann man es keinem anderen Arbeiter zumuten hinzugehen, ohne daß vorher gereinigt wird."

Dazu ist noch zu sagen, daß die Hintzebrüder die Schränke erbrochen und die Kleidungsstücke der Streikenden hatten mitgehen heißen, wovon die Betriebsleitung auch Kenntnis erhielt.

Und trotzdem diese „Anerkennungsschreiben?" Es scheint, als ob es von der Schadenfreude diktiert ist, damit andere Betriebe auch darauf hineinfallen sollen.

* **Der Verband der Gastwirtsgehilfen im Jahre 1913.** Auch der Verband der Gastwirtsgehilfen hat unter der Krise zu leiden gehabt; auch er hat einen kleinen Rückgang der Mitglieder zu verzeichnen. Während Ende 1912 der Mitgliederbestand 16 293 betrug, war die Zahl Ende 1913 auf 16 025 gesunken. Grund zur Besorgnis ist darum aber bei diesem Verbande ebensowenig, wie bei den übrigen freien Gewerkschaften vorhanden. Der Rückgang wird bald wieder ausgeglichen sein. Zahl und Umfang der Lohnbewegungen sind im Jahre 1913 auch geringer gewesen als im Vorjahre. Insgesamt waren an Lohnbewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung 138 in 28 verschiedenen Orten bezw. Lohngebieten zu verzeichnen. In den von den Bewegungen berührten Betrieben (197) waren insgesamt 3778 Personen beschäftigt. Von der Gesamtzahl der Bewegungen waren nur 20 mit 501 Beschäftigten bezw. 261 Beteiligten mit einer Arbeitseinstellung. Es wurde erreicht eine Verkürzung der Arbeitszeit für 301 Personen und 2804 Stunden pro Woche. Die Lohnerhöhung beträgt für 1384 Personen 3876 Mk. pro Woche. Für die Angestellten im Gastwirtsgewerbe sind aber auch „sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen" von großer Wichtigkeit. Es handelt sich da um Beseitigung von ganz erheblichen Mißständen, wie Ausschaltung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung und Anerkennung des paritätischen oder des Verbandsnachweises, Ersatz der Naturalbezüge durch Barlohn, Abschaffung der Abgaben an den Unternehmer usw. Solche Verbesserungen wurden in 106 Fällen für 1756 Personen erreicht.

Ueber die bestehenden Tarifverträge ließ sich zum erstenmale eine lückenlose Darstellung geben: Am Anfang des Berichtsjahres bestanden im ganzen 205 Tarifverträge für 1391 Betriebe mit 5691 beschäftigten Personen, von denen 4995 dem Verbande der Gastwirtsgehilfen angehörten. Im Laufe des Jahres erledigten sich durch Ablauf oder aus sonstigen Gründen 68 Verträge für 902 beschäftigte und sämtlich dem Verbande angehörige Personen in 198 Betrieben, so daß von dem alten Bestand in das neue Jahr 137 Verträge für 1193 Betriebe mit 4789 Beschäftigten und 40 3 Verbandsangehörigen übernommen wurden. Im Jahre 1913 sind in Kraft getreten: 134 Verträge für 481 Betriebe mit 2386 Beschäftigten und 1939 Verbandsmitgliedern. Der größte Teil der insgesamt abgeschlossenen Tarifverträge wurde durch friedliche Lohnbewegung erzielt; in Ziffern nicht weniger als 120 Verträge für 467 Betriebe mit 2277 Personen und 1838 Organisierten, sodaß für die durch Streik oder Aussperrung erzielten Tarifabschlüsse nur 14 Einzelverträge für 109 Personen übrig bleiben. Von den im Jahre 1913 abgeschlossenen Verträgen erledigten sich bereits vor Schluß des Berichtsjahres 21 Einzeltarife, so daß sich der Gesamtbestand der aus den Vorjahren in das Jahr 1914 herübergenommenen Tarifverträge auf 250 für 1653 Betriebe beläuft. In diesen Geschäften arbeiten 6876 Personen zu tariflich geregelten Bedingungen, von denen 5844 im Verband der Gastwirtsgehilfen organisiert sind. Hierzu kommen noch einige Tarifverträge, die in Zürich, wo der Verband eine Verwaltungsstelle hat, abgeschlossen worden sind. Es sind dies 6 Verträge in 6 Betrieben mit 104 Personen, wovon 75 dem Verband angehören.

* **In der Farbenfabrik Kassel in Riga wird gestreikt.** Die Verwaltung hat beschlossen, Streikbrecher in Deutschland, besonders in Frankfurt a. M., zu werben. Die lettischen Arbeiter appellieren an das Solidaritätsgefühl ihrer deutschen Brüder und ersuchen, Arbeitsangebote der bestreikten Firma zurückzuweisen.

* **Der christliche Keramikerverband als Unternehmerstütze.** Im Sommer 1913 reichten die im Zentralverband der Steinarbeiter (Sitz Leipzig) organisierten Arbeiter der Firma Hartmeyer in Geberschweier (Elsaß) eine Tarifvorlage ein. Die Firma ließ sich auf einen Tarifabschluß unter keinen Umständen ein. Es kam zum Streik, der für die Arbeiter verloren ging. Die Streikführer wurden nicht wieder eingestellt, sie mußten sich außerhalb um Arbeit umsehen. Nun setzten die Schwarzen mit der Agitation ein, und wenn man ihren Angaben Glauben schenken darf, schlossen sie mit Hartmeyer einen Tarif ab. Der christliche Sekretär Richard Schwarz beschafft nun der Firma Hartmeyer Arbeiter. Er läßt Zirkulare, in denen es heißt: „Die Firma Hartmeyer hat vor längerer Zeit die sozialdemokratisch organisierten Steinarbeiter entlassen und beschäftigt zurzeit nur christlich organisierte Arbeiter. Die Steinarbeiter verdienen im Winter 6—7 und im Sommer 10 bis 12 Mk. pro Tag. Unser Verband übernimmt also die Garantie, daß die von uns empfohlenen Arbeiter auch den vereinbarten Lohn erhalten."

Es ist interessant, daß der christliche Agent selber zugibt, daß die Firma die freiorganisierten Arbeiter entlassen hat, doch darüber machen sich diese sonderbaren Arbeitervertreter keine Gewissensbisse Die Einheimischen werden entlassen, weil sie sich dem Unternehmer nicht ohne weiteres fügen, und mit Hilfe der christlichen Führer werden unter unwahren Versprechungen der bedrängten Firma Leute beschafft. Das ist Arbeiterverrat in glattester Form.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Donnerstag, 26. Februar. A. 39. **„Der Troubadour"**, Oper in 4 Akten von Verdi. Anfang ½8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Freitag, 27. Februar. 36. Vorst. auß. Ab. Einmaliges Gastspiel der Schwestern Wiesenthal mit ihren Tanzdichtungen. 1. Tanz aus Manon von Massenet. 2. Adagietto aus „Arlesienne" von Bizet. 3. Dorfschwalbenwalzer von Josef Strauß. 4. Violetta-Polka von Joh. Strauß. 5. Walzer aus „Faust" von Gounod. — Dazu: **„Die Hanni weint — der Hansi lacht,** Operette in 1 Akt von Offenbach. Anfang ½8 Uhr.

Samstag, 28. Februar. C. 39. Zum erstenmal: **„Der verlorene Sohn"**, ein Legendenspiel von Wilhelm Schmidtbonn. Anfang ½8 Uhr.

Sonntag, 1. März, mittags 2 Uhr. 37. Vorst. auß. Ab. Ermäßigte Preise. **„Charleys Tante"**, Schwank in 3 Akten von Brendon Thomas. Anfang 2 Uhr, Ende 4 Uhr.

Die für den 22. Februar gelösten Eintrittskarten behalten zu dieser Vorstellung ihre Gültigkeit.

Abends 7 Uhr. B. 40. **„Lakme"**, Oper in 3 Akten von Delibes. Anfang 7 Uhr, Ende gegen ¾10 Uhr.

Montag, 2. März. A. 41. **„Die Schmetterlingsschlacht"**, Komödie in 4 Akten von Sudermann. Anfang ½8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Die Aufführung von „Charleys Tante" ist von Sonntag den 22. Februar auf Sonntag den 1. März, nachmittags 2 Uhr, verlegt. Die zu den ganz ausgefallenen Vorstellungen gelösten Eintrittskarten bitte man zurückzugeben. — Die Vorverkaufsstelle bleibt am Fastnachtdienstag geschlossen.

In Baden-Baden:

Mittwoch, 25. Februar. 21. Ab.-Vorst. **„Die Schmetterlingsschlacht"**, Komödie in 4 Akten von Sudermann. Anfang 7 Uhr. Ende ½10 Uhr.

Gerichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 20. Februar.

Der Kaufmann K. W. von Durbach, der als Agent einer Versicherungsgesellschaft tätig war, unterschrieb zwei Versicherungsanträge mit dem Namen des Antragstellers, anstatt sie von letzterem selbst unterschreiben zu lassen. Er wird wegen **Urkundenfälschung** zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Das hiesige Schöffengericht sprach den Maler O. W., den Maler E. E. und den Maler E. E. von der Anklage der **Körperverletzung** frei. Gegen dieses Urteil legte der als Nebenkläger auftretende Friseur R. F. hier Berufung ein; diese wurde zurückgewiesen. — Auf die Berufung des Eierdurchleuchters W. K. von Mühlburg, der vom hiesigen Schöffengericht wegen **Körperverletzung** 2 Jahre Gefängnis erhielt, wurde die Strafe auf 1 Jahr Gefängnis herabgesetzt. Keller hatte bei einem nächtlichen Streit in der Südstadt einen der Beteiligten durch Messerstiche in den Rücken schwer verletzt. Die vom Schöffengericht ausgesprochene hohe Strafe wurde verhängt, weil der Angeklagte wegen Körperverletzung schon erheblich vorbestraft ist. — Der Gießer F. E. M. aus Steinsfurth war angeklagt des **Betrugs im Rückfalle.** Er war mit einem Rechtsanwalt in Verbindung getreten und gab diesem an, er wolle ein dem Rechtsanwalt gehöriges Haus in Bulach kaufen. Weiter sagte M., er habe 10 000 M. auf der Sparkasse in Sinsheim, die er anzahlen wolle. Natürlich war das alles nicht wahr. Bei einem Klavierhändler schwindelte er unter der Vorspiegelung, er sei vermögend, ein Klavier heraus. Das Klavier hat der Klavierhändler später wieder abgeholt. Bei einem andern Klavierhändler kaufte er unter falschen Angaben ein weiteres Klavier, das er sofort wieder verkaufte. Von einem Weinhändler erschwindelte er sich ein Fäßchen Most und von einem Zigarrenmacher Zigarren. Das Urteil lautete auf 7 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. — Der Schreiner J. G. K. aus Königschaffhausen hatte verschiedene Fahrräder gestohlen und verkauft. Ferner schwindelte er bei einem Kaufmann Lack heraus, mit dem er die Räder anstrich, um sie unkenntlich zu machen. Er wurde zu 10 Monaten Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust verurteilt, abzüglich 3 Wochen Untersuchungshaft. — Der Arbeiter A. H. aus Lörrach wurde vom Schöffengericht wegen **Bettels** zu 1 Monat 1 Woche Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt. Wegen dieser Nebenstrafe legte er Berufung ein, die als unbegründet verworfen wurde.

* **Serienloßschwindel.** Die Strafkammer I des Landgerichts Kassel verhandelte am 20. ds. Mts. in einer umfangreichen Serienloßschwindelklage gegen den 51jährigen Kaufmann Karl Hörle aus Wandsbeck wegen Lotteriebetrugs in 953 Fällen. Der Angeklagte hatte gemeinschaftlich mit seinem Stiefsohn Martin Hoppe aus Hamburg von Wandsbeck, Kopenhagen und Amsterdam aus durch betrügerische Vorspiegelungen und marktschreierische Reklame unzählig viele Leute aus allen Teilen Deutschlands zur Beteiligung an Serienlosgesellschaften gewonnen. Diesen durch Hoppe gewonnenen Spielern wurden durch die Amsterdamer Zentralbank in Amsterdam, nach Mitteilung des Staatsanwalts eine der gefährlichsten Schwindelbanken im Auslande, die schlechtesten Serienlose aus ganz Europa zugestellt. U. a. kamen auf rund 300 Mk. Spieleinlage im besten Falle 1 Mk. Gewinn. Dem Angeklagten erwuchs aus diesem Schwindelgeschäft eine Jahreseinnahme von rund 100 000 Mk. Der Stiefsohn Hoppe wurde am 17. Oktober v. J. zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Hörle konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen, wurde aber im Herbst v. J. in Genf verhaftet und auf Betreiben der Kasseler Staatsanwaltschaft ausgeliefert. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 3 Jahren Gefängnis, 3000 Mk. Geldstrafe oder weiteren 300 Tagen Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust mit Rücksicht auf die raffinierte, gemeingefährliche und groß angelegte Schwindelsache.

Neues vom Tage.

Vom Tanzsaal in den Tod.

Ludwigshafen, 23. Febr. Im Park in der Nähe des Stadtteils Friesenheim wurde heute vormittag ein Liebespaar erschossen aufgefunden. Der junge Mann hat anscheinend erst seine Geliebte und dann sich selbst erschossen. Es handelte sich um den 20jährigen Ewald Rückert, dessen Vater Schreiner in der Anilinfabrik und das 19 Jahre alte Dienstmädchen Margarete Türk. Das Motiv der Tat ist unbekannt. Das Liebespaar hatte noch bis 3 Uhr nachts einem Tanzvergnügen beigewohnt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Recklinghausen, 23. Febr. In einem Schacht der Zeche „Flotow" wurden zwei Monteure beim Ausbessern der Starkstromleitung durch das unvorsichtige Einschalten des Stromes sofort getötet.

Berlin, 23. Febr. Durch eine Brunnengasvergiftung verunglückte gestern nachmittag in einer hiesigen Brauerei der Arbeiter Schultze; er war in den 25 Meter tiefen Brunnen hinabgestiegen, ohne ein brennendes Licht mitzunehmen, das sonst mitgeführt wird, um das Vorhandensein von giftigen Gasen festzustellen. In einer Tiefe von etwa 15 Metern war der Arbeiter abgestürzt und an einem Podest des Brunnens hängen geblieben. Nach vergeblichen Versuchen, den bewußtlosen Mann heraufzuholen, wurde die Feuerwehr alarmiert; ein Feuerwehrmann drang bis zu dem Verunglückten vor und seilte ihn an. Ein Arzt stellte aber fest, daß keine Rettung mehr möglich sei. Die Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Verunglückte Bergleute.

Essen, 24. Febr. Heute früh ereignete sich in Kupferdreh auf der Zeche Viktoria ein schwerer Grubenunfall. Acht Bergleute verunglückten infolge widerrechtlichen Befahrens eines blinden Schachtes. Sämtliche acht Mann erlitten schwere, zum Teil lebensgefährliche Verletzungen. Sie wurden ins Krankenhaus gebracht.

Vergiftungen in der Kaserne.

Berlin, 23. Febr. Gestern mittag erhielten die Mannschaften aller vier Kompagnien des Garde-Train-Bataillons Schellfisch zu Mittag. Bald darauf erkrankten 32 Mann unter Vergiftungserscheinungen. 7 Erkrankte, deren Zustand etwas bedenklicher erschien, wurden nach dem Garnisons-Lazarett gebracht.

Stuttgart, 23. Febr. Beim Train-Bataillon Nr. 13 in Ludwigsburg sind 31 Mann unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Die Ursache der Vergiftung ist noch nicht einwandsfrei festgestellt.

Verhafteter Betrüger.

Hamburg, 23. Febr. Gestern wurde hier der angebliche Kaufmann Alfred Gneist verhaftet, der die Neue Oper um 580 Mark und das Karl-Schulz-Theater um 563 Mk. betrogen hat. Gneist erschien bei den Theater-Direktoren und gab sich als Geschäftsführer des Unterelbe-Regatta-Vereins „Iltis" aus. Er zeigte zwei Sparkassenbücher, das eine über 2000 Mk., das andere über 900 Mk. vor und pachtete die Theater für Sonntag-Nachmittag-Vorstellungen. Er gab Eintrittskarten und für die Neue Oper auch Abonnementskarten aus und behielt die Beträge für sich. Als die Theater schließlich kein Geld erhielten, erkundigten sie sich bei den beiden Sparkassen, wobei sich herausstellte, daß die Bücher gefälscht waren. Gneist hatte bei der einen Sparkasse 1 Mk. und bei der anderen 2 Mk. auf ein Sparkassenbuch eingezahlt und dann die Ziffern erhöht.

Eine Familie durch Nahrungsvergiftung gestorben.

Hamburg, 24. Febr. Als heute morgen Kunden bei dem Milchhändler Lüdders am kleinen Cäsarkamp erschienen, fanden sie die Tür verschlossen. Man drang gewaltsam ein und fand die aus Vater, Mutter und vier Kindern bestehende Familie noch in den Betten liegend an. Eine 19jährige Tochter war bereits tot, während der Mann, die Frau und eine andere Tochter besinnungslos waren. Von der Polizei wurde Erkrankung durch Vergiftung festgestellt. Man nimmt an, daß die Vergiftung durch den Genuß verdorbener Speisen erfolgt ist. Mord oder Selbstmord scheint so gut wie ausgeschlossen.

In Dauerschlaf verfallen.

Lemberg, 24. Febr. Der Leutnant des 36. Infanterieregiments, Rudolf Lang, ist vor einer Woche in einen so tiefen Schlaf verfallen, daß es bis heute trotz aller ärztlichen Bemühungen nicht gelang, ihn aus dem Schlafe zu wecken.

Brandstiftung.

Heinrichsberg (Oberösterreich), 23. Febr. Hier sind zwei Bauerngüter abgebrannt, wobei zwei Knechte in den Flammen umkamen. Als einer der abgebrannten Besitzer, der Bauer Groisz, der Brandstiftung beschuldigt wurde, gestand dessen Frau ein, daß sie den Brand gelegt habe.

Eingeschlossener Irrsinniger.

Bordeaux, 24. Febr. In der Nähe von Libourne tötete ein Wahnsinniger eine Nachbarin durch Gewehrschüsse und verletzte deren Gatten und einen Nachbarn, der zur Hilfe eilte, schwer. Gendarmen halten mit Unterstützung der Volksmenge das Haus umschlossen, aus dessen Fenstern der Wahnsinnige Schüsse abgibt.

Hinrichtung.

Paris, 24. Febr. In Udschda wurde gestern ein Marokkaner hingerichtet, der im Lager von Oued Telag sechs Arbeiter ermordet und eine Frau entführt hatte, die 7 Monate lang von den Beni Bujahi gefangen gehalten worden war.

Dem Laster zugeführt.

Petersburg, 23. Febr. Ein Agent für Vergnügungslokale namens Bachmann, und sein Neffe Max Leie engagierten in Deutschland eine Ballettgruppe von sechs Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren. Bachmann brachte die Truppe, obgleich er dazu kein Recht hatte, nach Petersburg, konnte für sie jedoch kein Engagement finden. Er zwang die Mädchen, sich dem Laster zu ergeben und schickte sie in Chambres Separees. Schließlich klagten die Mädchen beim deutschen Konsul, der sie nach Deutschland zurückschickte.

Typhusepidemie in Spanien.

Madrid, 24. Febr. Eine schreckliche Typhusepidemie richtet unter der Bevölkerung von Torrenueva in der Provinz Granada große Verheerungen an. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind erkrankt. Auf drei Erkrankungen kommen zwei Todesfälle. Der Kirchhof kann die Zahl der Verstorbenen nicht aufnehmen. Die Leichen der erst vor kurzem verstorbenen Einwohner mußten wieder ausgegraben werden, um den Opfern des Typhus Platz zu machen. Schlechtes Trinkwasser soll die Ursache der verheerenden Seuche sein.

Schneesturm in den Vereinigten Staaten.

Neuyork, 24. Febr. Aus den westlichen Staaten wird außerordentliche Kälte gemeldet und man erwartet, daß der Schneesturm, der in westöstlicher Richtung dahin fegt, heute die atlantische Küste erreichen wird.

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Knechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über die sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, begeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Genossenschaftsbewegung.

Pforzheim, 24. Febr. Der hiesige Konsumverein, der mit 4439 Mitgliedern einer der stärksten des Landes ist, erzielte im letzten Jahr bei 1 469 380 M. Umsatz (im Vorjahr 1 377 774 Mk.) 66 610 Mk. Reingewinn aus Spezereigeschäft, Bäckerei und Limonade- und Sprudelherstellung. Die Mitglieder erhalten einen festen Rabatt von 8 Prozent auf ihre Einkäufe nud außerdem etwa 4 Prozent Dividende.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

— **Die Armenkommission** der Stadt Bruchsal, gez. Dr. Meister, ersucht uns gegenüber dem Artikel „Ist das christliche Nächstenliebe?" in der Nr. 41 unseres Blattes um Aufnahme folgender Berichtigung:

„Die Familie, um die es sich hier handelt, besitzt die elsaß-lothringische Staatsangehörigkeit; sie konnte daher, da sie bereits seit November 1909 öffentlich unterstützt wurde, den Unterstützungswohnsitz in der Stadt Bruchsal nicht erwerben. Bruchsal war nur der vorläufig unterstützungspflichtige, Mülhausen der endgültig unterstützungspflichtige Armenverband. Letzterer hatte die Uebernahme der Familie in eigene Fürsorge beantragt, worauf von Großh. Bezirksamt Bruchsal die Ausweisung verfügt wurde. Die gegen diese Verfügung erhobene Beschwerde an den Großh. Landeskommissär wurde von diesem verworfen. Die Ausweisung wurde vorerst nicht in Vollzug gesetzt, da das unterstützte Familienoberhaupt sich zur freiwilligen Rückkehr nach Mülhausen bereit erklärte; der Vollzug fiel erst nötig, als der Betreffende nach kurzer Zeit wieder hierher zurückkehrte. Die Anordnung zum Vollzug der Ausweisung erging durch das Großh. Bezirksamt und den Organen der Stadtverwaltung fiel nur die Ausführung der Anordnung zu.

Die gegen die Stadtverwaltung erhobenen Angriffe und Vorwürfe sind daher rechtlich wie tatsächlich völlig unbegründet."

Unser Gewährsmann wird sich zu der Sache äußern.

Offenburg.

— **Von der Untersuchungsanstalt.** Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern im Staatsanzeiger wurde die öffentliche Untersuchungsanstalt der Stadt Offenburg zur amtlichen Untersuchung von Wein ermächtigt. Die genannte Anstalt gilt auch als Untersuchungsstelle für aus dem Ausland eingeführten Wein, Traubenmost und Traubenmaische gemäß der Weinzollordnung vom 17. Juli 1909.

— **Die Ursachen des Stillstandes.** In unserer Stadt hat die Sozialdemokratie während der letzten Jahre proportional keine erhebliche Vermehrung zu verzeichnen. Die Zentrumspresse registriert mit schadenfrohem Behagen diese Tatsache unter besonderem Hinweis, daß dies in der Heimatsdomäne Adolf Gecks kein Ruhmesblatt bedeute. Die Ursachen, warum in der alten Demokratenstadt alle freiheitlichen Parteien, in letzter Zeit tatsächlich sich durch das rückschrittliche reaktionäre Zentrum überholen ließen, mag einmal etwas gründlicher betrachtet werden. In vielen Städten Deutschlands ist es jedoch ähnlich, so daß man von einer Ausnahmeerscheinung kaum sprechen kann. Es spielen hierbei allgemeine und örtliche Gesichtspunkte eine Rolle. Im allgeminen ist es der heutige Geist der politischen Gleichgültigkeit und des Materialismus, der an dem Stillstand mit schuld ist; der Kampf ums Dasein ist heute unendlich schwerer als in den altbadischen guten Zeiten der sechziger und siebziger Jahre. Gehässiger Konkurrenzneid macht einen zum Feind des andern. Handel, Verkehr und Baulust liegen darnieder. Der Staat kann Kulturelles wenig fördern, da der unselige Militärmoloch den größten Teil der Staatseinnahmen hinwegfrißt. Erbärmliche Weinjahre und Steuerdruck helfen mit. All das nimmt dem sogen. Mittelstand alle Courage, sich wie früher für geistigen Fortschritt, für politische Rechte und Freiheiten zu begeistern. Er ist voller Angst dadurch an Staats-, Kirchen- und Privatkundschaft einzubüßen. Gar der in früheren Zeiten bezeigte Mut für die Sozialdemokratie zu stimmen, ist heute den Kleinmeistern und Gewerbetreibenden völlig verloren gegangen, obwohl diese Leute instinktiv fühlen, daß die jammervolle Misere ihrer Existenz durch den Druck des Kapitals und der Großindustrie, nur durch die Endziele der Sozialdemokratie beseitigt und ihnen Erlösung gebracht werden kann. Tausenden Kleinmeistern geht es ja heute miserabler als geschulten Arbeitern. Viele hält lediglich der Kitzel des Meistertitels davon ab, in Reih und Glied zu uns zu treten. Gedankenlos sehen sie nicht die Zermalmung des Kleinbetriebs. Die kleinste Lohnbewegung organisierter Arbeiter regt den loyalen Philister mehr auf, als hunderte Millionen neuer Steuern für Heer, Afrika und hohen Pensionen, obwohl diese zwecklosen Ausgaben die Geschäftswelt recht sehr schwächen und schädigen, dagegen guter Verdienst die Kaufkraft der Arbeitermassen zum Vorteil der Geschäftswelt heben. Das Zentrum mit seinen zwei Gesichtern lockt die Mittelständler als angebliche Gegner der Sozialpolitik an sich. In Offenburg hat das Zentrum aber auch eine Anzahl Institute zur Hand, die es dem willigen Geschäftsmann als gute Konsumenten vor Augen führt.

Lieferant werden für die Union, fürs Kloster, fürs Marien- und Vinzentiushaus 2c. 2c., das macht manchen fromm und schwarz. Einen anderen Köder an der Zentrumsangel hat man aber für indifferente denkmüde Arbeiter. Da brilliert das Zentrum als Förderer der Sozialpolitik. Derartigen Arbeitern paßt häufiges Unionfreibier, Almosen vom Elisabetenverein, Mitspielen bei stumpfsinnigen, blöden Ritterschauspielen in schäbigen Trikots und Harnischen, Klimbimsport usf. weit besser als ehrlich zu kämpfen für das Recht auf Bildung für auskömmlichen Lohn und normale Arbeitszeit, anständige Behandlung und politische Gleichstellung. Wie leicht ist das Verdummen, wie schwer das Heranbilden des schaffenden Volkes. Eine bedeutsame Unterstützung des Anwachsens der Zentrumsmacht in Offenburg besteht zweifellos auch darin, daß seit Jahren eine erhebliche Anzahl von einflußreichen Spitzenstellen in Staat und Gemeinde sich in rührigen Zentrumshänden befinden und direkt und indirekt schwarze Hilfe leisten. Es sei an die Gerichte, an Post, Domäneamt usw., aber vor allem an die wichtige Eisenbahninspektion mit ihren hunderten von Beamten, Angestellten, Taglöhnern und Streckenarbeitern erinnert. Das schlau berechnete Zentrumssystem versteht es, daß die Arbeiter um kargen Lohn nicht nur schweren Dienst leisten, sondern, daß sie auch ihre politische Ueberzeugung opfern müssen. Viele Ressorts der Stadtverwaltung befinden sich ebenso in Händen parteieifriger Zentrumsleute. Sogar das Bürgermeisteramt ward Zentrumsbestrebungen nicht abhold, bis es selbst die dankbare Zentrumspeitsche zu fühlen bekam. Ja, wer kann es leugnen, auch Zentrumsfeinde unterstützen entgegen liberalen Programmsätzen klerikale Einrichtungen, die einer fortschrittlichen Volkserziehung entgegenwirken. Viele finden nichts darin, das katholische Vereinshaus, die Union, zu frequentieren, obwohl der Festsaal zu allen antizentrümlichen Versammlungen kurzweg versagt und nicht abgegeben wird. Dagegen hält es jeder fremde Pfarrer und fanatische Zentrumslaie für seine Pflicht, kein anderes Hotel als Absteigequartier zu wählen. Reiche Geldmittel stehen dem Zentrum aus den vollen Börsen vieler Höchstbesteuerter zur Verfügung. Gerne unterstützen sie das System der katholischen Gesellen-, Jünglings- und Jungfrauenvereine, die Armut, Beschränktheit, Unterwürfigkeit der Arbeiterklasse erhalten und fördern müssen. An den Herren Geistlichen hat das alles sowie auch die politische Herrschsucht des brutalen Zentrums heißblütige, strebsame Helfer. Ein mancher verdankt solchem Tun seine gute Kuratie, in der ihm geschulte, ergebene Betschwestern und Diener treu zur Seite stehen.

Mit diesen Ausführungen dürften so ungefähr die Hauptursachen der heutigen Zentrumsstärke zu erblicken sein. Doch auch dieses Strohfeuer wird wieder erlöschen. Die Sozialdemokratie hat trotz allem berechtigten Anlaß, stolz und freudig in die Zukunft zu sehen. Ueber 3000 Stimmen bei der Reichstagswahl im Kreise und 450 bei der Landtagswahl in der Stadt, stammen von Männern, die fest und treu von den beglückenden Ideen des Sozialismus der gleichen Rechte und gleichen Pflichten durchdrungen sind, und dafür kämpfen. Darum nicht den Mut verlieren, das sei die Parole, immer vorwärts und aufwärts!

---

* **Niefern**, 24. Febr. Am 25. Februar v. Js., abends 9,30 Uhr, wurde der Stationsarbeiter Christian Ziebold in Niefern beim Ueberschreiten der Gleise von der Lokomotive eines von Pforzheim kommenden Zuges erfaßt und in das andere Gleis geschleudert, auf dem ein von Mühlacker kommender Zug einfuhr. Ziebold wäre von diesem überfahren worden, wenn der Metalldrücker Otto Schneider aus Pforzheim ihn nicht unter Nichtachtung der Gefahr noch rechtzeitig zur Seite gezogen hätte. Schneider mußte sich, um nicht selbst überfahren zu werden, mit dem Geretteten zwischen den beiden Zügen zu Boden werfen. Für diese tapfere Tat hat jetzt die Eisenbahndirektion in Karlsruhe Schneider ihre wärmste Anerkennung ausgesprochen und ihm eine Geldbelohnung von 50 Mk. als äußeres Zeichen dieser Anerkennung überwiesen.

* **Schwetzingen**, 24. Febr. Als der Polizeidiener einige hiesige Burschen, bekannte Rowdys, zurechtwies, als sie Unfug trieben, fiel einer, Georg Huber, mit einem Prügel über den Polizeidiener Evers her und brachte ihm schwere Verletzungen bei. Der Rohling wurde verhaftet.

* **Mannheim**, 24. Febr. In der Nacht zum Montag kam es hier zu schweren Ausschreitungen. Der 29jährige Schiffer Willi Roß geriet mit einer Maske, die einen Säbel umgeschnallt hatte, in Wortwechsel und erhielt verschiedene Säbelhiebe über den Kopf. Roß feuerte auf die Maske mehrere Revolverschüsse ab. Der Maskierte stürzte zusammen, raffte sich aber wieder auf und flüchtete. — Der 7jährige Sohn eines Saalbaumeisters wurde von einem Automobil überfahren und erlitt erhebliche Verletzungen.

* **Freiburg**, 24. Febr. Gestern gingen in der Neunlindenstraße zwei Pferde mit dem Fuhrwerk durch; als der Fuhrknecht sie aufhalten wollte, kam er zu Fall und geriet unter die Pferde und den Wagen. Er trug schwere Verletzungen davon und mußte in die Klinik aufgenommen werden.

* **Schönau i. W.**, 24. Febr. In Manbach sprang dem verheirateten Maurer Achstaller beim Entzünden eines Streichholzes etwas Schwefel ins Auge. Obgleich sich A. in die Klinik nach Basel begab, war das Auge nicht mehr zu erhalten.

* **Zell i. W.**, 23. Febr. Auf schreckliche Weise ist in Basel die Frau eines erst kürzlich von Zell dorthin versetzten Eisenbahnsekretärs ums Leben gekommen. Als der Beamte nach Schluß seines Nachtdienstes in seine Wohnung kam, fand er diese verschlossen. Sie mußte gewaltsam geöffnet werden und in der Küche fand man die Frau in schrecklich verbranntem Zustande tot vor. Die Unglückliche, die seit längerer Zeit an Gemütsdepression litt, hatte sich in Abwesenheit ihres Mannes in einen mit Petroleum getränkten Teppich eingehüllt und diesen angezündet.

* **Weisbach, A. Eberbach**, 23. Febr. Die vor einigen Tagen ausgesprochene Drohung eines Austritts der evangelischen Bewohner des Dorfes Weisbach ist zur Tatsache geworden. Von den 66 evangelischen Bürgern haben 64 mit etwa 310 Seelen ihren Austritt dem evangelischen Oberkirchenrat erklärt. Der Austritt wird damit begründet, daß alle Bitten der evangelischen Gemeindemitglieder, ihnen zur Erstellung eines eigenen Gotteshauses zu verhelfen, abgeschlagen worden sind, und man sie zur Unterstützung des Kirchenbaues in Strümpfelbrunn sozusagen zwingen wollte. (Heidelb. Tagbl.)

Zum Frauentag.

Frauen vor die Front!

k. r. Die große rote Woche vom 8. bis 15. März wird eingeleitet durch unsern

internationalen Frauentag

auf dem in Uebereinstimmung mit Partei und Gewerkschaften vom streng sozialistischen Standpunkt aus das Wahlrecht der Frauen propagiert wird. Vom streng sozialistischen Standpunkt — das ist etwas ganz anderes als vom Standpunkt der meisten bürgerlichen Frauenrechtlerinnen. Von ihnen wird ja nur ein Frauenwahlrecht gefordert, das an Besitz, Steuerleistung, Bildungsstufe oder sonstige Bedingungen geknüpft ist. Ein Wahlrecht jedoch, das unterschiedslos allen Großjährigen zuteil werden soll, ist auch diesen Frauen zumeist nicht nach dem Herzen. Von Vertreterinnen solch eines beschränkten Wahlrechts können wir sozialdemokratischen Frauen kaum glauben, daß sie es als eine Etappe zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechts fordern. Viel eher ist von solchen Frauen zu erwarten, daß sie, sobald sie selber in den Besitz des Wahlrechts gekommen, den Kampf um das allgemeine Wahlrecht aufgeben und ihre proletarischen Schwestern im Stich lassen. Da halten wir für allein gerecht den Standpunkt der Sozialdemokratie, die unterschiedslos in jeder Frau den gleichberechtigten Menschen achtet und allen Frauen gleiches Wahlrecht erobern will. Bebel, der große Vorkämpfer für Frauenrechte, schreibt in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus":

„Die Frau hat das gleiche Recht wie der Mann auf Entfaltung ihrer Kräfte und Betätigung derselben. Die Frau ist ein Mensch wie der Mann."

Laut Programmsatz fordert die Sozialdemokratie:

„Abschaffung aller Gesetze, die die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen."

„Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle 20jährigen Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts."

Mit dieser Stellungahme für Frauenrechte steht die Sozialdemokratie hoch über alle andern Parteien.

Sie sagt, der entrechtende Ausnahmezustand für die Frauenwelt ist unter den heutigen Verhältnissen in nichts mehr zu rechtfertigen. Das ganze Leben steht heute unter dem Zwang und den Pflichten staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen, von denen keine einzige die Frauenwelt weniger als die Männerwelt trifft.

Kein Gesetz, bis herab zur Zuchthaus- und Todesstrafe, das nicht auch für die Frauenwelt existiert;

keine indirekte Steuer, die nicht für die Frauenwelt genau wie für die Männerwelt gilt;

keine direkte Steuer, die nicht von der erwerbstätigen Frau in derselben Höhe wie vom Manne gezahlt werden muß.

Der erwerbstätigen Frauen aber werden mehr und mehr in allen kapitalistischen Ländern. Die letzte Berufs- und Gewerbezählung stellte fest, daß 45,5 Prozent von Deutschlands gesamter weiblicher Bevölkerung erwerbstätig sind.

Aehnlich, zum Teil noch stärker, sind die Frauen in andern kapitalistischen Staaten in das Erwerbsleben hineingerissen.

Mit allen gesellschaftlichen Tatsachen — und wir stehen noch mitten drin in dieser Entwicklung — stehen die Gesetze, die die Frauen als unmündig minderwertig und rechtlos gegenüber den Männern hinstellen, in krassem Widerspruch. Die Sozialdemokratie bringt deshalb lediglich die Forderung der Gerechtigkeit zum Ausdruck, wenn sie alle Ausnahmegesetze beseitigen will, die die gesellschaftliche und politische Gleichstellung der Frau mit dem Manne noch verhindern, eine Forderung der Gerechtigkeit und des Kulturfortschritts. Mit welchem sittlichen Recht will man es ablehnen, alle verfügbaren Kräfte in den Dienst des Staates und seiner Weiterentwicklung zu stellen?! — wie es verteidigen, die staatliche Mitarbeit der Frauen z. B. auf den wichtigen Gebieten des Armen- und Krankenwesens, des Erziehungs- und Schulwesens, der Mütter- und Säuglingsversicherung, der Sozial- und Arbeiterschutzgesetzgebung, der Bekämpfung des Militarismus und der Teuerung und noch vieler anderer Gebiete nicht voll zur Geltung kommen zu lassen?!

Die Heuchler! — die uns da erzählen wollen, daß es gerade die Achtung vor der Frauenwelt ist, die Sorge, den Typus Weib und Mutter nicht zu zerstören, die sie die Frauenwelt aus der öffentlichen, politischen Betätigung zurückhalten läßt.

Diese bürgerliche „Achtung" der Frauen birgt das brennende Gefühl der Scham nicht in sich, daß die heutige Gesellschaft Generationen entrechteter Frauen als Arbeitstiere leiblich und geistig zugrunde richtet, daß sie Millionen ausgemergelter Frauen in täglicher Arbeitsüberbürdung zwischen Haushalt und Fabrik Stücke ihres Lebens für die Herrschenden hingeben läßt.

Wenn man diese mißachteten Frauen emporzieht und an der Verbesserung ihrer Lage gesetzlich mitarbeiten läßt, sollen sie aufhören, ganz Weib, ganz Mutter, ganz Mensch mit Fraueneigenart zu sein?!

Glücklicherweise beginnen immer mehr Frauen sich die bürgerliche Art von „Achtung" des Frauengeschlechts zu verbitten. Und es ist eine große kulturelle Tat der Sozialdemokratie, diesen Erwachungsprozeß der Frauen zu unterstützen. Die Sozialdemokratie, öffnet dem unterdrückten Frauengeschlecht die Augen, stillt seinen Hunger nach Wissen und Bildung, lehrt es, anstatt nach alter Väter Weise alle überkommenen Vorrechte als gottgewollte Ordnung anzu-

Kleines Feuilleton.

Die Dienstbotenversicherung vor den preußischen Junkern. Am Montag, 26. Januar, hatte sich das preußische Abgeordnetenhaus mit einer konservativen Interpellation zur Dienstbotenversicherung zu beschäftigen. Von Interesse war bei den Verhandlungen hauptsächlich die Beantwortung der Interpellation durch den Handelsminister. Die Rede des Herrn Dr. Sydow klang aus in ein Loblied auf die Landkrankenkassen, die er warm unterstützt. Er teilte mit, daß die Regierungsbehörden überall die Errichtung von Landkrankenkassen vorgeschlagen habe und bedauerte, daß nur 400 errichtet worden seien. — Und warum diese Bevorzugung der Landkrankenkassen? „Die Dienstherrschaften haben das Interesse, daß ihre Dienstboten nicht in die sozialdemokratische Agitation hineingezogen werden, was in den Ortskrankenkassen der Fall ist. Den Ortskrankenkassen kann die freie Arztwahl nicht aufgenötigt werden, sie muß aber in den Landkrankenkassen bestehen."

Deutlicher kann nicht gesagt werden, daß für die Regierung nicht sachliche, sondern ausschließlich politische Gründe bei ihrer Bevorzugung der Landkrankenkassen maßgebend sind. Ihr und den Parteien, die sie stützen, ist es ganz egal, ob den Dienstboten ausreichende Leistungen von den Kassen gewährt werden. Wenn sie nur von jeder Berührung mit demokratischen Elementen abgeschlossen werden! Daß nebenbei die Landkrankenkassen billiger sind, da sie weniger zu leisten brauchen, ist ihnen natürlich nicht weiter unangenehm.

Pflastern mit Maschinen. Beim Pflastern ist es erforderlich, die Steine nach dem Einsetzen mit großer Kraft in den Untergrund zu treiben, damit sie nachher den Stößen der Räder, der Pferdehufe usw., ohne weiter nachzugeben, standhalten und die Erhaltung einer ebenen Fahrbahn gewährleisten. Die Behörden pflegen vorzuschreiben, daß die einzelnen Steine 3—4 Zentimeter durch Rammen in den Untergrund eingetrieben werden, und das ist eine der teuersten Arbeitsoperationen, die zudem noch dadurch sehr ungenau ausgeführt werden kann, daß recht verschieden starke Arbeiter die Rammarbeit verrichten. Um aber die Genauigkeit von der unterschiedlichen Kraft der Arbeiter unabhängig zu machen und die Schwere der Handrammarbeit zu erleichtern, muß man maschinelle Hilfsmittel anwenden, die gestatten, immer die gleiche Kraft beim Eintreiben des Steines wirken zu lassen. Das geschieht durch die Druckluft-Handpflasterrammen. Es hat sich ergeben, daß von all den zahlreichen maschinellen Hilfsmitteln, die für das Rammen erfunden wurden, diejenigen die besten sind, die die bisherige Art des Handrammens möglichst genau nachahmen. Die neuerdings konstruierten Druckluftrammen bestehen aus einem mit einer Handhabe versehenen feststehenden Kolben, der sich auf den zu rammenden Stein stützt. Ein Handhebel kann den den Kolben umschließenden Zylinder zum Heben und Fallen bringen, wobei die Druckluft die Hubarbeit leistet. Der Arbeiter hat es in der Hand, die Fallhöhe und damit die Fallkraft einzurichten. Er kann im geeigneten Moment ohne Anstrengung auch leicht von einem Stein auf den andern übergehen. — Mit der Druckluftpflasterramme ist der Arbeiter imstande, etwa 80 Schläge in der Minute auszuführen. Er verbraucht dabei einen halben Kubikmeter Preßluft von sechs Atmosphären Druck. In einem Tage vermag man mit einer Druckluftramme rund 100 Quadratmeter Pflaster auf fester Unterbettung abzurammen. Pro Quadratmeter entstehen dabei durchschnittlich 20 Pf. Kosten, während Handrammen mindestens 25 Pf. pro Quadratmeter kostet. Die Ersparnis ist also ein Fünftel, die Präzision der Arbeit ist aber erheblich gesteigert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

erkennen, gemeinsam mit den Männern den Kampf gegen unzeitgemäß und unrecht gewordene Zustände führen.

Proletarinnen aller Orts! Werft die Gleichgültigkeit ab, die ihr bisher so oft dem politischen Leben entgegenbrachtet. Wenn demnächst die Sozialdemokratie euch zu den Frauenversammlungen einladet, strömt in hellen Scharen dorthin und lenkt den Klassenkampf um das Frauenwahlrecht in die richtige Bahn. Diese Bahn ist zunächst, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, sich politisch gleich dem Manne zu organisieren. Zeigt durch euren Masseneintritt in den sozialdemokratischen Verein der herrschenden Gesellschaft aller Orts, daß auch die Frauenwelt überall beginnt, sich auf ihre Menschenrechte zu besinnen. Sorgt, daß keine Frau, kein Mädchen, in den Versammlungen am 8. März und den folgenden Tagen fehle.

Wacht auf! Wacht auf!

Ihr habt euch lange genug unterdrücken lassen!

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe,** 25. Februar.

Karneval-Schluß.

Endlich, endlich hat nun auch der diesjährige Karneval, der im Gegensatz zum letztjährigen überreichlich lang ausgefallen war, sein Ende erreicht. Von niemanden wird das wohl freudiger begrüßt werden, als gerade von den Zeitungsmenschen, denn für sie bedeutet auch das schönste Vergnügen Arbeit; die Menschen können sich noch so gut amüsiert haben, sie sind erst dann voll zufrieden, wenn sie in der Zeitung lesen, daß es ihnen gefallen hat. Natürlich darf es in der Zeitung nur heißen, daß es schön war, daß man sich aufs beste unterhalten habe und daß alle nach Hause gingen mit dem Bewußtsein . . . usf. Wenn es mal im Blatt anders heißt, dann ist eben der Redakteur ein dummer Kerl, der nichts versteht. Das ist der Terrorismus der Vergnügungssüchtigen.

Man kann es bei der heutigen schlechten wirtschaftlichen Lage nur begrüßen, daß nun das Regiment des lustigen Prinzen Karneval sein Ende erreicht hat. Die diesen Veranstaltungen waren zu verlockend, sogar für die sonst Sparsamen und gut Haushaltenden, zu nutzlosem Geldausgeben. Gelegenheit war ja überreichlich genug in den letzten Wochen. Etwas weniger, wäre sicher mehr gewesen, das gilt auch für die Veranstaltungen unserer Arbeitervereine. Es dürfte sicher angebracht sein, wenn die maßgebenden Instanzen auch hier sich bemühen würden, der Hochflut von Unterhaltungen und Vergnügungen einen Damm entgeenzusetzen. Für heute nur diese kurzen Bemerkungen darüber, wir wollen am Aschermittwoch nicht Buße predigen.

Auch die beiden letzten Tage waren reich an Unterhaltungen. Am Montag ist ja hier, im Gegensatz zu dem riesigen Rosenmontagstreiben in den rheinischen Städten, weniger los. Man sah unter Tags recht wenige Masken; ein lebhafteres Bild bot die Kaiserstraße am Abend. Die Straße wurde von zahlreichen Masken bevölkert, die in mehr oder weniger geschmackvollen Kostümen ihren Unsinn, manchmal auch Unfug, trieben. Nur einzelne Figuren vermochten es, Aufmerksamkeit zu erregen, im großen und ganzen diente das „Kostüm" nur dazu, unerkannt sich austoben und Allotria treiben zu können. In den Restaurants und Cafés sorgten Musikkapellen, natürlich sämtlich „erstklassig" und in „guter Besetzung" für die nötige Unterhaltung. Größere Veranstaltungen fanden zwei statt. Der **Gesangverein „Badenia"** gab seinen Mitgliedern und Freunden im großen Festhallesaal ein Kostümfest, genannt „Ein Sonntag auf der Alm". Von der Höhe des Podiums grüßte Tannengrün und eine Alpenlandschaft. Zahlreiche Gebirgler, Dirndln und Buam waren erschienen, die im Verein mit den vielen Vertretern anderer Nationen und Stämme die Räume der Festhalle mit fröhlichem Treiben erfüllten; es lag sehr viel Stimmung über dieser Veranstaltung, die wesentlich gestützt wurde durch verschiedene gesangliche Darbietungen des Vereins und einiger seiner Mitglieder. Die schönen Liedervorträge brachten eine schöne Abwechslung. — Mit einer größeren Veranstaltung trat erstmals der **Verein Karlsruher Presse** (Journalisten- und Schriftsteller-Verein) vor die breitere Oeffentlichkeit. Er gab seinen Mitgliedern und zahlreichen geladenen Gästen, das Theater war besonders stark vertreten, ein Kostümfest in dem prächtig dekorierten Saale des „Friedrichshof". Auch hier herrschte fröhlichste Stimmung, man freute sich, endlich mal auch ein Vergnügen genießen zu dürfen, „wo" man nicht Berichterstatter ist. (Wie dieser „ungekürzte" Bericht zeigt.) In einer poetischen, mit zahlreichen witzigen Pointen gespickten Ansprache begrüßte der Vorsitzende des Vereins, Herr Chefredakteur Herzog, die Mitglieder und Gäste. Verständnisinnig wurden die verschiedenen kleinen Liebenswürdigkeiten, die Herr Herzog den Kollegen — und sich selbst — in witziger Weise verabreichte, aufgenommen. Eine Zirkus-„Elüte"-Vorstellung, Auftreten eines Schwergewichtsathleten, Vorführung eines ganz wilden Afrikaners, einer tanzenden schwarzen Häuptlingstochter, eines Riesenbabys, zahlreicher wilder Tiere, darunter auch der bekannte „durchgegangene Gaul", zeigte, welch bedeutende Talente der Verein unter seinen Mitgliedern zählt. Stürmische Heiterkeit nebst dito Beifall begleiteten die Vorführungen dieser „noch nie gesehenen und noch nie dagewesenen Attraktionen". Es winkte schon die Stunde des Beginns der Redaktionstätigkeit, als die Letzten ihre Schritte heimwärts lenkten.

Der gestrige Dienstag brachte nun endlich den Schluß dieser tollen, ausgelassenen Zeit. Gedrängt voll waren die Wirtschaften, allüberall erschallte Gejohle, Gesang, Musik. Das Gedränge auf der Kaiserstraße war oft geradezu beängstigend, man schob und wurde geschoben, wer einen eiligen Geschäftsgang zu besorgen hatte, tat gut daran, die Kaiserstraße nicht zu benützen, es war oft unmöglich, vorwärts zu kommen. Unübersehbar und unzählbar war die schaulustige Menge, die mit mehr oder minder großer Freude dem Maskentreiben zusah. Auch hier war wieder recht wenig Geschmackvolles zu sehen, man hatte selten Gelegenheit, einmal zu lachen über einen guten Witz.

Der Abend vereinigte nochmals die, die den Fasching bis zur letzten Minute seines Daseins genießen wollten in der Festhalle zum **„Bürgerball"**. Dieser Schlußball bildet jeweils einen schönen, vornehmen Abschluß der in der Stadt arrangierten Fastnachtsveranstaltungen. Auch gestern herrschte wieder Frohsinn und heitere Laune in den sämtlichen, dem Prinzen Karneval zur Verfügung gestellten Räumen der Festhalle. — Im **„Friedrichshof"** fand eine **karnevalistische Soiree** statt, die sich wegen ihres intimen Charakters und des vornehmen Rahmens, in dem sie stattfindet, einer besonderen Beliebtheit erfreut. Der Saal, der prächtig ausgeschmückt war — er bildete eine Sehenswürdigkeit für sich —, war gefüllt von einer fröhlichen, scherzenden, tanzenden Menge, die sich bei den Klängen einer vorzüglichen Hauskapelle aufs beste unterhielt.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung

vom 19. Februar.

Neuregelung der Müllabfuhr. Das Tiefbauamt prüft zurzeit die Frage, in welcher Weise die Beseitigung des Mülls zu regeln sei, sobald die Auffüllung des Geländes an der Albuferstraße mit Müll, die zurzeit vorgenommen wird, beendet ist. Zu diesem Zwecke sind Arbeiten nötig, für die der Stadtrat einen Kredit von 3000 Mk. bewilligt.

Erweiterung des Gasrohrnetzes. Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung dazu beantragt, daß 1. in der Brauer-Straße zwischen Garten- und Putlitzstraße die bestehende Gasrohrleitung von 200 Millimeter lichter Weite beseitigt und dafür ein Gasrohrstrang von 500 Millimeter Weite verlegt, 2. der erforderliche Aufwand von 6700 Mk. aus Anlehensmitteln bestritten und 3. dieser Kredit bis zum Rechnungsabschluß für das Jahr 1915 offen gehalten wird.

Umlegung von Grundstücken. Nachdem das Projekt der Umlegung des Baugeländes zwischen Schnetzler- und Hohenzollern-Straße einerseits und Karl- und Gebhardstraße anderseits nunmehr die Zustimmung sämtlicher Beteiligten gefunden hat, ersucht der Stadtrat das Bezirksamt um Herbeiführung der Vollziehbarkeitserklärung Gr. Ministeriums des Innern.

Straßenherstellung. Der südliche Teil der Marienstraße zwischen Nebenius- und Rotteckstraße soll ortsplanmäßig hergestellt werden. Zunächst wird wegen Rückersatzes der Straßenkosten die nach dem Ortsstraßengesetz vorgeschriebene Tagfahrt anberaumt, in der über die sofortige Fälligkeit der Straßenkosten abgestimmt werden soll. Alsdann soll wegen Erlassung des erforderlichen Gemeindebeschlusses und wegen Herstellung der Straßenstrecke Vorlage an den Bürgerausschuß erstattet werden.

Submissionswesen. Auf Grund des § 6a der Bestimmungen über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt Karlsruhe wird auf Vorschlag der Vereinigung Karlsruher Schlossermeister zum Sachverständigen für das Jahr 1914 Schlossermeister Karl Daler und zu dessen Stellvertreter Schlossermeister Jakob Nagel ernannt.

Neuregelung der Gehaltsverhältnisse des 2. Bürgermeisters. Beim Bürgerausschuß wird die Zustimmung zu dem mit dem wiedergewählten 2. Bürgermeister abzuschließenden Dienstvertrag beantragt.

Personalsachen. Uebertragen werden: die beim Städtischen Elektrotechnischen Amt errichteten beiden Zeichnerstellen den Technikern Walter Lauber und Ludwig Donecker, die Stelle eines Gartentechnikers bei der Städt. Gartendirektion dem Gartentechniker Otto Ries, die Stelle eine Hallenmeisters im Städt. Schlacht- und Viehhof dem Militäranwärter, Vizefeldwebel Karl Küstner.

Ergänzung des Handelsschulrats. Gemäß § 19 der landesherrlichen Verordnung vom 20. Juli 1907, die Handelsschulen betreffend, wird nach Anhörung der hier bestehenden Vereinigungen von kaufmännischen Angestellten Prokurist Paul Haut an Stelle des von hier verzogenen Kaufmanns Adolf Schröder zum Mitglied des Handelsschulrats ernannt.

Der Kaiser-Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden, Bezirksverein Karlsruhe, werden aus Mitteln des Gräflich Rhenaschen Nachlasses auch dieses Jahr 700 Mk. zur Unterstützung bedürftiger Kriegsinvaliden überwiesen.

Abgabe städtischer Säle. Der große und der kleine Festhallesaal wird dem Verband der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften im Großherzogtum Baden auf Donnerstag, den 14. Mai d. J., zur Abhaltung eines Verbandstages, der große Festhallesaal dem Gr. Hoforchester auf Mittwoch, 22. April d. J., zur Aufführung von Beethovens „Missa solemnis" und auf Mittwoch, 29. April, zur Wiederholung der Aufführung (als „Volkskonzert"), dem Gesangverein „Konkordia" auf Samstag, 8. Mai, zur Abhaltung des 40jährigen Stiftungsfestes und der kleine Festhallesaal dem Verein badischer Lehrerinnen an vier Tagen im Winter 1914/15 zur Abhaltung von Mütterabenden eingeräumt.

Wirtschaftsgesuche. Dem Bezirksamt werden vorgelegt: das Gesuch des Friedrich Schornbaum, zurzeit in Knielingen, um Befristung seiner Schankwirtschaftskonzession mit Branntweinschank „Zur Stadt Sedan", Gottesauerstraße 19, unbeanstandet das Gesuch der Frau Mina Wüst geb. Bucher um Erlaubnis zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Branntweinschank in der von der Bauunternehmung Gustav Stumpf in der Unterführung der Gerwigstraße bei der Bahnlinie Karlsruhe-Mannheim für die Dauer der Kanalarbeiten zum Bau des Pfinzspülkanals aufgestellten Baukantine unter Bejahung der Bedürfnisfrage und das Gesuch des Karl Koch um Erlaubnis zum Ausschank von feinen Weinen (Südweinen) und Likören in seinem „Café Union", Kreuzstraße 10, unter Anschluß einer gegen dasselbe eingekommenen Einsprache und unter Verneinung der Bedürfnisfrage. Die Gesuche des Konditors Richard Vierlinger um Erlaubnis zur Verlegung seiner Konzession zum Betrieb eines Konditorei-Cafés vom Hause Gabelsbergerstraße 1 nach jenem Uhlandstraße 40 (Ecke Sophienstraße) und zum Ausschank von feinen Likören und Südweinen daselbst, des Privatmanns Peter Großkopf um Erlaubnis zum Betriebe einer Gastwirtschaft an Stelle der derzeitigen Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum „Bannwald" in seinem Hause Griesbachstraße 2, des Blechnermeisters Heinrich Held um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schankwirtschaft ohne Branntweinschank in dem auf seinem Grundstück L.-B.-Nr. 2306 a, Ecke Tulla- und Rintheimerstraße, zu erstellenden Neubau und der Kolonialwarenhändler Georg Veidt Eheleute um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Branntweinausschank im Hause Karl Wilhelmstraße 66 werden durch Anschlag an der Verkündigungstafel zunächst zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Erst aussteigen, wenn der Straßenbahnwagen hält!

Dies ist die Mahnung, die immer wieder an das Publikum, das von der angenehmen Fahrgelegenheit unserer elektrischen Straßenbahn Gebrauch macht, gerichtet werden muß, denn das Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen, das nebenbei bemerkt auch unter Strafe gestellt ist, hat schon viele Unfälle verursacht, wird aber hier und anderwärts trotzdem immer noch geübt. Zwar gibt es Leute, die im Ab- und Aufspringen schon eine große Fertigkeit haben, aber in gar vielen Fällen, zumal beim Abspringen nach rückwärts, ist ein Fallisement die Folge und der oder die Betroffene kann froh sein, wenn es ohne ernstlichen Schaden abgegangen ist.

Eigenartig sind die gesetzlichen Vorschriften über die Haftpflicht zum Schadenersatz in solchen Fällen. Das Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 steht nämlich auf dem Standpunkt, daß der Eisenbahnbetrieb für das Publikum eine große Gefahr bedeutet, und daß der Unternehmer schon dann haftet, wenn die Beschädigung mit dem Betriebe im Zusammenhang steht, wobei es nicht nötig ist, daß dem Unternehmer ein besonderes Verschulden nachgewiesen werden muß. Dabei kann jedoch gemäß § 254 des bürgerlichen Gesetzbuches ein Mitverschulden des Beschädigten einen Ersatzanspruch ganz oder zum Teil aufheben.

Einen interessanten Fall hat jüngst das Reichsgericht behandelt. Der Unfall ereignete sich an einer sogen. Hilfshaltestelle, an der nur nach Bedarf gehalten wird. Eine Frau wollte aussteigen, der Schaffner gab das Zeichen, der Wagen fuhr langsamer und die Frau stieg noch während der Fahrt aus. Eine andere Frau glaubte irrtümlicheweise, es sei auch ihre Haltestelle, eilte der ersten Frau nach und stieg ebenfalls aus, kam aber zu Fall, weil sie sich zu sehr beeilte und der Wagen schon begann in schnelle Fahrt überzugehen. Ihre Klage auf Schadenersatz hatte nur zum Teil Erfolg, da sie den Unfall durch Unvorsichtigkeit selbst herbeigeführt hatte; der Unfall beruhte daneben aber auch auf der Gefährlichkeit des Straßenbahnbetriebes, die durch die Einrichtung der Hilfshaltestellen noch erhöht war. Die Straßenbahngesellschaft legte beim Reichsgericht Revision ein und machte geltend, die Frau habe, als sie absprang, gewußt, daß der Wagen noch nicht hielt, es habe ihr deshalb eine Entschädigung überhaupt nicht zugebilligt werden dürfen. Das Reichsgericht war jedoch der Ansicht, je größer das Verschulden des Geschädigten sei, eine desto geringere Entschädigung sei ihm zwar zuzusprechen; das Mitwirken der Betriebsgefahr des Unternehmens könne jedoch niemals völlig ausgeschaltet werden.

* **Vieh- und Fleischpreise im Monat Januar.** Es betrug der Preis für (1 Pfund Schlachtgewicht): Ochsen 90—100 (1913: 90—97), Kühe 71—86 (71—84), Rinder 94—98,5 (93), Farren 80—90 (84—92), Kälber 99—106,5 (101,5— 109), Schweine 72 (86) und Hammel 82—86 (81—83,5) Pfg. Nach Angabe der Metzgerinnung kostete im allgemeinen das Pfund Ochsenfleisch 100 (1913: 94), Kuhfleisch 80 (80), Rindfleisch 96 (90), Kalbfleisch 102 (100), Schweinefleisch 90 (96) und Hammelfleisch 105 (90) Pfg. Außerdem gelten für die einzelnen Qualitäten die von der städt. Fleischkommission in den Zeitungen bekannt gegebenen Preise.

* **Handelskammer.** Aus dem Tätigkeitsbericht der Handelskammer Karlsruhe ist folgendes zu erwähnen: Bei der Zweiten Kammer der badischen Landstände ist die Handelskammer dem von den Abgeordneten Venedey und Genossen eingebrachten Antrage auf Aufhebung der badischen Weinsteuer beigetreten. — Bei dem Ausschusse der Verkehrsinteressenten bei der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen wurde ein Antrag, betreffend Tarifierung von Eisengußwaren für Kanalisationszwecke unterstützt. — An die Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen wandte sich die Handelskammer mit Eingaben wegen der Eisenbahngüterstation Achern, wegen der Beförderungsgelegenheit für Stückgut von Station Muggensturm landabwärts, wegen der Abortverhältnisse des Rastatter Bahnhofs usw. — Bei der Kaiserl. Oberpostdirektion Karlsruhe trat die Kammer für eine Erhöhung des zulässigen Kassenbestandes bei dem Postamt Kappelrodeck ein. — In Berlin hat im Oktober 1913 eine von dem Verbande Berliner Spezialgeschäfte einberufene Vertreterversammlung der Organisationen des gesamten deutschen Detailhandles stattgefunden, in der zu den Ausführungen Stellung genommen wurde, die der Professor an der Handelshochschule zu Berlin Dr. J. Fr. Schär in der Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspaxis unter dem Titel: „Neue Wege im Detailhandel" über das „Verkaufssystem Selbstkostenpreis plus 10 Prozent" veröffentlicht hat. Der Verband Berliner Spezialgeschäfte hat nun der Handelskammer kürzlich das Protokoll über diese Versammlung übermittelt, in der einstimmig Protest gegen die Schärschen Ausführungen erhoben wurde, „die eine schwere Kränkung des deutschen Detailhandels bedeuteten und durch ihre skrupellose Verwertung zu einer Gefahr für ihn wurden". Die interessante Drucksache kann im Bureau der Handelskammer eingesehen bezw. von ihm entliehen werden. —Das letztere gilt auch von einer im Reichsamte des Innern ausgearbeiteten Denkschrift über die Auswüchse des Patentagententums, deren Inhalt für jeden Interesse bietet, der beabsichtigt, wegen der Verwertung einer Erfindung mit Patentagenten in Verbindung zu treten.

* **Ausstellung deutscher Schäferhunde.** Am Sonntag, 1. März 1914, hält der Verein für deutsche Schäferhunde S.V., Ortsgruppe Karlsruhe und Umgebung, eine unter Kartellschutz stattfindende Spezialpostenschau (Ausstellung) für deutsche Schäferhunde im großen Saale des Café Nowack, Ettlingerstraße hier, ab und bietet somit den Besitzern dieser Rasse Gelegenheit, ihre Hunde von einem Kartellrichter begutachten zu lassen. Die Leitung ist dem Schriftführer des Vereins, Herrn W. Schaper, übertragen, der für ein gutes Gelingen der Veranstaltung Sorge tragen wird, sodaß auch den Interessenten, welche die Ausstellung besuchen, einige genußreiche Stunden bevorstehen. Erwähnt sei noch, daß es sich hier um diejenige Polizeihunderasse handelt, die als Polizeihunde am zahlreichsten verwendet wird. Schon im Jahre 1911 existierten 1955 amtliche Polizeihunde im deutschen Reiche. Der deutsche Schäferhund stand mit 1261 an der Spitze, 302 Airedale-Terrier, 360 Dobermänner und 32 Rottweiler nahmen den übrigen Platz ein. Seit 1911 dürfte sich die Zahl der deutschen Schäferhunde wohl noch bedeutend vermehrt haben. Den Ausstellern stehen auch wertvolle und zahlreiche Ehrenpreise in Aussicht.

* **Einnahmen der Straßenbahn.** Im Monat Januar d. J. hat die städtische Straßenbahn 154 859 Mk. eingenommen gegen 118 170 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres. Die Bahn leistete 443 331 Wagenkilometer gegen 295 138 im Januar 1913. Befördert wurden 1 866 374 Personen (im Januar 1913: 1 416 028). Die Gesamteinnahmen stiegen somit um rund 31 Prozent, die Einnahme für einen Wagenkilometer betrug jedoch nur rund 55 Pf. gegen rund 40 Pf. im Vergleichsmonat 1913.

Messerstecherei. Heute früh 2 Uhr schlug ein hier wohnhafter Händler (Neger) mit seinem Spazierstock an einem Hause der kleinen Spitalstraße 2 Scheiben der Türe ein und sprang davon. Dem ihn verfolgenden Hauseigentümer, der ihn in der Brunnenstraße eingeholt hatte, versetzte er mit einem Stilett einen tiefen Stich in die linke Brustseite. Der Täter wurde verhaftet.

Auf frischer Tat beim Diebstahl wurde am Vormittag des 23. Februars ein 17 Jahre alter Schlosser von hier betreten, der in einem Hause der Lachnerstraße das Schlafzimmer eines Metzgerburschen mit einem Meißel erbrochen und verschiedene Wäschestücke entwendet hatte. Er wurde ins Amtsgefängnis eingeliefert.

Diebstahl. Am 19. l. Mts., abends wurde am Güterbahnhof hier eine Wagendecke grau, 6 : 5½ Mtr. groß, mit der Aufschrift „Kathreiners Malzkaffeefabriken" und zwei Schraubenschlüssel entwendet.

* **Maskenunfug.** Von einer unbekannten Maske wurde gestern abend 11 Uhr in der Kaiserstraße gegenüber der Hochschule ein Mädchen auf den Boden geworfen. Es brach dabei den rechten Fuß und mußte mittels Autos nach seiner Wohnung verbracht werden.

* **Unfälle.** Ein 20jähriger Schüler von hier, der als Maske auf einer Pritschenrolle saß, fiel gestern nachmittag auf der Kaiserstraße, als die Pferde plötzlich den Wagen anzogen, samt dem Stuhle rücklings auf den Boden und zog sich eine erhebliche Verletzung am Hinterkopf, sowie eine leichte Gehirnerschütterung zu. Er war kurze Zeit bewußtlos. Mittels Krankenautos wurde er zunächst in das städtische Krankenhaus und dann in seine elterliche Wohnung verbracht. — In der Ernststraße im Vorort Rintheim wurde gestern vormittag ein elf Jahre alter Volksschüler von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Der Knabe erlitt über dem rechten Auge eine Quetschwunde und am rechten Unterschenkel eine erhebliche Mißwunde, die seine Aufnahme in das städtische Krankenhaus erforderlich machte.

M. **Feuerbestattungsverein.** Man schreibt uns: Die Erkenntnis, daß die Feuerbestattung ein Kulturfortschritt ist, dringt in immer weitere Kreise der Bevölkerung. Das beweist die große Zahl neuer Mitglieder des Karlsruher Feuerbestattungsvereins und die stete Zunahme der Feuerbestattungen wie der Krematorien. Zur weiteren Aufklärung des Publikums wird der bekannte Vorkämpfer für die Feuerbestattungssache, Herr Dr. Weigt aus Hannover, am Dienstag, 3. März d. J., abends ½9 Uhr, im Saale der „Eintracht" (Karl-Friedrichstraße 30) hier einen Vortrag über: „Die Feuerbestattung im Lichte von Recht, Religion und Aesthetik" halten und diesen Vortrag mit 100 Lichtbildern begleiten. Die Mitglieder des Feuerbestattungsvereins und alle Freunde der Sache werden auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht.

• **Schwindelhafte Anpreisungen.** In neuerer Zeit sind hier wieder mehrfach von einem sogenannten Vertreter einer „Preßregulatoren-Gesellschaft, Berlin N., Zionskirchplatz 10", Preßregulatoren zum Verkauf angeboten und stellenweise auch abgesetzt worden, die sich im Gebrauch als völlig wertlos erwiesen haben. Es handelt sich um dieselben Apparate, vor denen bereits in den Stadtratssitzungen vom 12. April 1911 und 4. Dezember 1913 öffentlich gewarnt worden ist. Die eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß die fragliche Gesellschaft in Berlin gar nicht besteht. Damit wegen jedes einzelnen Falles Strafverfolgung eingeleitet werden kann, sollten alle Personen, welchen die Apparate angeboten worden sind, der Schutzmannschaft oder der Kriminalpolizei Anzeige erstatten.

Veranstaltungen.

Starkbierfest. Man schreibt uns: Für alle diejenigen, die der Erholung nach den Strapazen der Karnevalszeit bedürfen, wie auch zum Labsal für jedermann, verabreicht heuer wie schon seit Jahren die Brauerei Sinner ab Aschermittwoch ihr bekanntes Starkbier, Karlsruher Bürgerbräu genannt. Sonntag, den 1. März, findet im „Kühlen Krug" das erste Starkbierfest bei neuer Aufmachung und altbekannter Gemütlichkeit statt. Meister Schotte mit seiner gesamten Kapelle sowie der Ratsherr Müller werden zu einem fröhlichen Nachmittag besonders beitragen.

Letzte Nachrichten.

Gründung einer elsaß-lothringischen Liga.

Straßburg i. E., 24. Febr. Am nächsten Donnerstag soll hier auf Anregung des elsaß-lothringischen Reichs- und Landtagsabgeordneten Hauß die Gründung einer Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens stattfinden, der die Abgeordneten aller Parteien beitreten. Auch die übrige Bürgerschaft kann aufgenommen werden. Die Liga bezweckt, so heißt es, den schützenden Schirm über Elsaß-Lothringen zu breiten und den Widersachern auch außerhalb des Parlaments energisch entgegen zu treten. Auf jeden Fall sollen alle falschen Gerüchte, die über Elsaß-Lothringen verbreitet werden, vor den Strafrichter gebracht werden. Vor allem richtet sich die Liga gegen tendenziöse Stellungen im Einzelnen, ferner natürlich auch gegen Lügen, die lediglich dazu erfunden sind, das Ansehen Elsaß-Lothringens und seiner Bewohner in den Augen der altdeutschen Mitbürger herabzuwürdigen.

Arbeitslosen-Demonstration.

Budapest, 24. Febr. **Heute Vormittag fand im Parlamentsgebäude eine große Arbeitslosen-Versammlung statt, in welcher die Arbeitslosen zum letzten Male die Stadt in friedlicher Weise aufforderten, an die Regierung wegen Schaffung von Arbeitsgelegenheit heranzutreten. Nach der Versammlung demonstrierten die Teilnehmer und zogen durch die Straßen. Die Polizei, welche scharf vorging und blank zog, trieb die Menge auseinander. Einige Personen wurden verletzt, viele Verhaftungen vorgenommen.**

Drohender Postbeamtenstreik.

Paris, 24. Febr. Unter den Post- und Telegraphenbeamten gärt es wieder. Sie verlangen Gehaltserhöhung, die ihnen schon mehrfach zugesagt, aber nie bewilligt wurde. Gestern abend nach Schluß des Dienstes versammelten sich mehrere hundert Beamte vor dem Telegraphenamt und veranstalteten eine große Demonstration, indem sie unter Lärm Gehaltserhöhung forderten.

Vertrauensvotum für das französische Kabinett.

Paris, 24. Febr. **Das Ergebnis der gestrigen Kammersitzung wird in der Presse eifrig besprochen. Die radikalen Blätter erklären mit großer Befriedigung, daß die Debatte mit einer Niederlage des von Brand begründeten Verbandes der Linken geendet habe. Der „Radical" meint: Die Bilanz des gestrigen Tages besteht für diesen Verband und dessen rückschrittliche Anhänger darin, daß sie sich sowohl inbezug auf die Reden auf der Tribüne, wie auch der Absicht einer vollständigen Enthaltung befleißigt hätten.**

Jaures schreibt in der „Humanite": Das verunglückte Eingreifen Millerands wird die Zersetzung des Verbandes der Linken beschleunigen. Aber auch das Ministerium braucht auf diesen Tage nicht stolz zu sein. Es hatte zwar eine triumphierende Mehrheit, aber nur, weil es jeder Erklärung über die dreijährige Dienstzeit ausgewichen ist. Die Sozialisten haben deshalb in dem ganzen Streit nichts zu suchen gehabt und sich der Abstimmung über den Antrag Abel-Ferry enthalten. Nach der Schilderung des Kriegsministers Noulens von der unheilvollen Unsicherheit, mit der das Dreijahresgesetz von seinen Urhebern durchgeführt worden ist, kann man sich fragen, wie lange dieses unglückliche Gesetz sein Dasein noch fortschleppen wird.

Die konservativen Blätter erklären, die Regierung und die vereinigte radikale Partei hätten gestern auf der ganzen Linie die Flucht ergriffen, so daß es ihren Gegnern nicht möglich gewesen sei, sie zu fassen und anzugreifen.

Die verbannten Arbeiterführer.

London, 24. Febr. **Heute erfolgt in England die Landung der deportierten südafrikanischen Arbeiterführer. Der Dampfer „Umgeni", der sie an Bord hat, fuhr gestern beim St. Catharina Point an der Insel Wight vorüber und wird heute in den frühen Morgenstunden beim Gravesend erwartet. Die Londoner Arbeiterschaft bereitet einen festlichen Empfang der Verbannten vor.**

London, 24. Febr. **Der Dampfer „Umgeni" mit den neun deportierten südafrikanischen Arbeiterführern an Bord ist heute früh in Gravesend angekommen. Eine kleine Abordnung der Arbeiterführer hat die Erlaubnis erhalten, die Arbeiterführer an Bord der „Umgeni" zu besuchen. Heute Nachmittag umfuhren Vertreterinnen des Frauenstimmrechts die „Umgeni" in Booten, senkten Fahnen und riefen: „Stimmrecht für die Frauen!" Nach 3 Uhr wurden die Verbannten ausgeschifft. Sie haben sich nach London begeben.**

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: **Hermann Kadel;** für den übrigen Inhalt: **Hermann Winter;** für die Inserate: **Gustav Krüger,** alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sängerbund „Vorwärts".) **Behufs Ehrung eines Mittgliedes treffen sich die Herren Sänger heute Mittwoch abend 8 Uhr bei Mitglied Stengel zum „Strauß", Werderstraße 88. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.** 7509

Durlach. (Arbeiterbund Vorwärts — Sängersektion.) Donnerstag abend nach der Singstunde Sängerversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Auch die passiven Mitglieder sind, soweit sie an der Tagesordnung Interesse haben, eingeladen. 7505 Der Vorstand.

Geschäftliches.

Weißkohl zu Rindfleisch. 2 Köpfe gut zurechtgemachter, von den Strünken befreiter und in Stücke geschnittener Kohl werden gewaschen und 10 Minuten in kochendem Wasser abgewällt, herausgenommen, kalt abgespült und zum Abtropfen auf ein Sieb gelegt. Dann legt man die mit einem Tuche sauber ausgedrückten Kohlviertel dicht nebeneinander in eine Kasserole, gibt Salz, Pfeffer, Kochkümmel und etwas Fleischbrühe darüber und läßt gut zugedeckt weich dünsten. Ist der Kohl weich genug, so gibt man etwas in Butter gelb gedünstetes Mehl hinein, läßt ihn damit durchkochen, schmeckt ihn mit etwas Maggi's Würze ab und richtet ihn zu gekochtem Rindfleisch und Salzkartoffeln an.

Henkel's Bleich-Soda
Das beste zum Einweichen der Wäsche sowie zum Putzen, Scheuern und Spülen.
Altbewährt und unerreicht!
HENKEL & Co., Düsseldorf.

Pfannkuch & Co
Marinaden
aus nur frischen Fischen hergestellt:
Bismarck-heringe
offen, Stück **8** Pfg.
4 Liter-Dose Mk. **2.25**
Heringe in Gelee 7492
Pfund **40** Pfg.
Dose Mk. **2.80**
Feinste
Süß-Bückinge
3 Stück **20** Pfg.
Feinste scharfe
Bückinge
Stück **8** Pfg.
Prima Holländer
Voll-Heringe
Stück **6** Pfg.
dito ausgesucht Milcher
Stück **8** Pfg.
Pfannkuch & Co G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Städt. Arbeitsamt
Gesucht
Herrschafts-Köchinnen
Mädchen die gut bürgerlich kochen können, 7182
Mädchen für alle Hausarbeit und zum Anlernen,
Zimmermädchen für Wirtschaft und Küchenmädchen.
Städt. Arbeitsamt
(weibl. Arbeitsamt)
Zähringerstr. 100 Telefon 949

Kreditwürdige Personen jeden Standes
erhalten Mandolinen, Gitarren, Lauten, Geigen usw. usw. billig und reell auf bequeme Teilzahlung unter Diskretion. Gefl. Zuschriften unter Nr. 7402 an die Exped. d. Bl.

Kaiserstraße 145
Eingang Lammstraße, ist im III. Obergeschoß **eine Wohnung** von 7 Zimmern und Zubehör auf sofort oder später **zu vermieten.** Näheres beim **städt. Hochbauamt,** Karl-Friedrichstraße 8, Zimmer 169. 7495

Arbeiter
brauchen vollwert. Nahrung. Diese liefert billigst 6801
Reformhaus Kadner
Durlach, Amalienstr. 25

Ueberzieher färbt à **3.—** ℳ
Herren-Anzüge à **3.50** ℳ
Damenkleider à **3.—** ℳ
Färberei Firnrohr
Kaiserstraße 28. 7503

C. Ochner, Tapeziergeschäft
Rüppurrerstr. 23, Luisenstr. 35
empfiehlt sich im
Tapezieren, Anfertigen und Anfarbeiten von Polstermöbel und Betten aller Art bei billiger Berechnung. 7358

Lieferung von Drahtgeflecht-Einfriedigungen.
Die Lieferung und Aufstellung einer 1,50 m hohen Drahtgeflecht-Einfriedigung von etwa 1160 lfdm Länge mit 2 Toren um das gesamte Grundstück der Familiengärten im Gewann **Dammerstock** zwischen Rüppurr und neuem Hauptbahnhof sowie die Lieferung und Aufstellung einer 1 m hohen Einfriedigung von etwa 3300 lfdm Länge mit 260 Türen soll öffentlich vergeben werden.
Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift und unter Verwendung der besonderen Vordrucke spätestens
Mittwoch, den 4. März 1914, vormittags 10 Uhr,
bei uns einzureichen. 7496
Bedingungen und Pläne können auf dem Tiefbauamt, Rathaus, Zimmer Nr. 116, eingesehen und hier auch Angebotsvordrucke erhoben werden.
Karlsruhe, 20. Februar 1914.
Städt. Tiefbauamt.

Arbeits-Vergebung.
Zum **Erweiterungsbau der Werkstätten und Wagenhalle der städtischen Straßenbahn** sind nachstehende Arbeiten zu vergeben:
Holzpflaster,
Plattenbeläge,
Anstreicherarbeiten.
Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrichstraße 8 II. Obergeschoß, Zimmer 170 abgeholt bezw. eingesehen werden.
Daselbst sind auch die Angebote bis **Freitag, den 6. März ds. Js., nachmittags 3 Uhr,** mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen. 7506
Karlsruhe, den 23. Febr. 1914.
Städt. Hochbauamt.

Möbel
jeder Art, sowie ganze Ausstattungen. Neuanfertigung nach Zeichnung, sowie Reparaturen.
Schreinerei Ruf 2248
Zähringerstr. 82.

Waldhornstr. 64, 4. St., ist einfach möbliert. **Zimmer** billig zu vermieten

Verpachtung von Familiengärten.
Die Stadtgemeinde Karlsruhe verpachtet im Gewann Dammerstock zwischen Ettlinger Allee und der Alb etwa 260 Familiengärten mit je 250 qm Flächeninhalt. Das gesamte Gartengebiet wie auch die einzelnen Parzellen werden auf Kosten der Stadtgemeinde mit Einfriedigung versehen; ebenso besorgt die Stadtgemeinde die Herrichtung der erforderlichen Zugangswege sowie den Anschluß der Gärten an die städtische Wasserleitung. Für einen Gartenanteil ist eine Jahrespacht von 15 Mark zu entrichten.
Mit der Ausstecknng der Gartenparzellen an Ort und Stelle ist begonnen; die Benützung der Gärten durch die Pächter kann etwa in 4 Wochen erfolgen.
Bewerber um die Gartenanteile wollen sich beim Sekretariat des städtischen Tiefbauamts, Rathaus Zimmer No. 116, melden; dortselbst sind auch die Pachtbedingungen und die Kleingartenordnung aufgelegt.
Die früher bereits erfolgten Vormerkungen bleiben, sofern dieselben nicht innerhalb von 8 Tagen schriftlich zurückgenommen werden, aufrecht erhalten; der Pachtpreis beträgt für die früheren Anmeldungen ebenfalls 15 Mark. 7862
Karlsruhe, den 13. Febr. 1914.
Städt. Tiefbauamt.

Zu verkaufen:
2 Pferde-Geschirre
noch gut erhalten. Anzuseh. beim
Städt. Hochbauamt
Karl-Friedrichstraße Nr. 8, Eingang Zähringerstraße, Zimmer Nr. 169. 7446

Anfarbeiten von Betten u. Polstermöbeln werden am besten und billigsten besorgt im Polster-Geschäft **R. Köhler,** Schützenstr. 25. 3707

Maler-Lehrling.
Intelligenter Junge, der das Malerhandwerk gründlich erlernen will, kann auf Ostern eintreten. 7494
Otto Lenz, Malermeister
Scheffelstraße 44 a.

Vergebung v. Erdarbeiten.
Die Arbeiten für die Abtragung des alten Bahndammes zwischen Reichs- und Neuer Bahnhofs-Straße und für die Auffüllung des östlich davon liegenden Geländes — rund 26 000 cbm — sind öffentlich zu vergeben. 7345
Angebote wollen unter Verwendung der besonderen Vordrucke verschlossen und mit entsprechender Aufschrift längstens
Freitag, den 27. Febr. 1914, vormittags 10 Uhr,
bei uns eingereicht werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen können in unserem Geschäftszimmer No. 116, Rathaus 3. Stock, zu den üblichen Dienststunden eingesehen und hier auch die Angebotsvordrucke erhoben werden.
Karlsruhe, 12. Febr. 1914.
Städt. Tiefbauamt.

Im Stadtteil **Daxlanden** bei der Appenmühle, an der Haltestelle der Straßenbahn ist ein neues dreistöckiges
Wohnhaus
mit je 3 Zimmern, Küche, Bad, Wasserklosett, Gas- und elektrisch Licht, Garten und Hof unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Zu erfragen unter Nr. **7424** bei der Expedition dieses Blattes.

Tausend-Mark-Treffer
kam aus der Karlsruher Lotterie an meine werte Kundschaft nebst vielen anderen Gewinnen, die ich sofort einlöse oder tausche gegen **Mühlhauser** à 50 Pfg., **Sinsheimer, Säuglings-** u. **Eisenacher** à 1.—, **Donaueschinger** à 1.20, **Rothenburger** à 3.—, bei mehr mit Rabatt so lange Vorrat. 7493
Carl Götz, Bankgeschäft, **Karlsruhe,** Hebelstraße 11/15 am Rathaus.

Pfannkuch & Co
Frische 7502
Schellfische
Große, 1—2 pfündig
Pfund **45** Pfg.
Bratfische
Pfund **25** Pfg.
Cabliau
Pfund **25** Pfg.
im Ausschnitt Pfd. **28** Pfg.
Stockfische
Pfund **23** Pfg.
Als bester Butterersatz empfehlen
Esbu
(Margarine)
Pfund **95** Pfg.
Pfannkuch & Co G. m. b. H. in den bekannten Verkaufsstellen.

Getragene u. neue Herren- und Damenkleider Weißzeug, Uhren, Möbel
kauft man am **allerbilligsten und besten** bei der altbekannten Firma 5918
K. Maier,
Markgrafenstraße Nr. 16.

Sonntag, den 1. März 1914, nachmittags 4 Uhr, im „Kühlen Krug“

Starkbier-Fest

Humoristisches Konzert der gesamten Art.-Kapelle (50er)
unter Meister Schottes persönlicher Leitung.

Auftreten des Ratsherrn BADENIA-MUELLER. Vollständig neu dekorierter Saal.

Sozialdemokratische Partei

Karlsruhe-Mühlburg.

Samstag, den 28. Februar, abends 8½ Uhr, im „Goldenen Hirsch“ in Mühlburg, Hardtstraße Nr. 20a

Partei-Versammlung

Tagesordnung:

Vortrag von Landtagsberichterstatter Genosse Grünebaum über:

Der neue Landtag und das Proletariat.

Wir ersuchen die Parteigenossen und Volksfreundleser zahlreich zu erscheinen.

7498 Der Vorstand.

Feuerbestattungsverein Karlsruhe (E. V.)

Oeffentlicher Vortrag

mit ca. 100 Lichtbildern

am Dienstag, den 3. März 1914, abends halb 9 Uhr, im Saale der „Eintracht“, Karl Friedrichstraße 30, über:

„Die Feuerbestattung im Lichte von Recht, Religion u. Ästhetik.

Referent: Herr Dr. Weigt-Hannover.

Jedermann und insbesondere Damen sind freundlichst eingeladen. Eintrit frei. 7500

Der Vorstand.

Gewerbeschule Karlsruhe.

In der Zeit vom 5. bis mit 7. März ds. Js. findet für Gesellen und Gehilfen ein Kurs im

Metallfärben

statt.

Tägliche Unterrichtszeit: 8 bis 12 und 2 bis 6 Uhr.

Das Schulgeld beträgt 5 Mark. Die Unterrichtsmittel werden unentgeltlich gestellt. Auswärtige Teilnehmer erhalten Fahrpreis-Ermäßigung.

Die Anmeldungen sind spätestens bis 2. März schriftlich oder mündlich auf der Kanzlei der Gewerbeschule, Zirkel 22, zu erwirken. 7504

Karlsruhe, den 23. Februar 1914.

Der Vorstand der Gewerbeschule.

Rektor Kuhn.

Bekanntmachung.

Die Wahlen zum Ausschuß der allgemeinen Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Durlach betr.

Nachdem für die Wahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur je ein Wahlvorschlag eingereicht worden ist, ist die Vornahme der Wahlhandlung der Arbeitgeber am 9. März ds. Js., und die der Arbeitnehmer am 10. März ds. Js. unnötig geworden.

Die in dem Wahlvorschlag der **Arbeitgeber** mit dem Namen 1. Karl Trumpp, Kaufmann in Durlach beginnend bis mit dem Namen 60. Heinrich Weiler, Schneidermeister in Durlach endigend, und die in dem Wahlvorschlag der **Arbeitnehmer** mit dem Namen 1. Karl Löffel, städtischer Maurer in Durlach beginnend bis mit dem Namen 120. Bernhard Ganz, Gipser in Durlach endigend, gelten als gewählt für den Ausschuß der allgemeinen Ortskrankenkasse Durlach.

Hierbei ist zu bemerken, daß der Ausschuß aus 60 Vertretern, von denen ein Drittel aus den beteiligten Arbeitgebern und zwei Drittel aus den Versicherten besteht.

Für die Arbeitgeber sind 40 und für die Versicherten 60 Ersatzmänner gewählt.

Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb einer Woche nach dieser Bekanntmachung angefochten werden. Anfechtungen sind bei dem Vorstande oder dem Versicherungsamt anzubringen.

Durlach, den 25. Februar 1914.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Durlach.

Der Vorstand: 7501

Hirschauer.

Durlach.

J. Faber, Malergeschäft

12 Hauptstraße 12 7497

empfiehlt sich einer verehrlichen Einwohnerschaft für **alle in sein Fach einschlagenden Arbeiten** bei reeller Bedienung und billigster Berechnung. — **Werkstätte Kirchstraße 13.**

Eingang sämtlicher

Konfirmanden- und Kommunikanten-Anzüge

Erprobte Stoff-Qualitäten Größte Auswahl

Unsere Haupt-Preislagen:

18.– 22.– 27.– 33.– 38.– 43.– Mk.

Spezial-Abteilung

Knaben- und Jünglings-Bekleidung

74 Kaiserstrasse 74

neben unserem Hauptgeschäft.

7314

Spiegel & Wels.

Dritter Band.

Bebel Aus meinem Leben.

Soeben erschienen! Preis 2.25 Mk.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung „Volksfreund“

Desgleichen sind noch der 1. und 2. Band zu haben.

Frauenbildung – Frauenstudium

Donnerstag, den 26. Februar, abends halb 6 Uhr im Singsaal der Fichteschule, Sofienstraße 14

Vortragszyklus:

„Die gebildete Frau als Käuferin.“

Metallwaren.

Fräulein Johanna Freutzen. 7499

Eintritt für Mitglieder 1 Mark, für Nichtmitglieder 1.50 Mark. Der Vorstand.

Restaurant „Goldener Adler“,

Spezialausschank der Brauerei Kammerer.

Jeden Donnerstag

Schlacht-Tag.

8968 Hochachtend Ernst Müller.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 20. Februar: Hildegard Luise, V. Otto Schaller, Lithograph. Karl Ernst Emil, V. Emil Kamphausen, Handlungsgehilfe. Karoline Josephine u. Hilda Emma, Zwillinge, Vater Ludwig Hoffmann, Glaser.

Todesfälle vom 21. und 22. Februar: Wilhelm Denzlinger, Soldat, ledig, alt 21 Jahre. Martha, alt 4 Jahre, Vater Josef Keilberth, Hofmusiker. Wilhelmine Gerbracht, alt 94 Jahre, Witwe von Theodor Gerbracht, Privatier. Elisabeth Zimmer, alt 74 Jahre, Witwe von Geh. Rat Hermann Zimmer, Generaldirektor a. D. Franz Ludwig, alt 13 Jahre, Vater Franz Wormer, Magazinsarbeiter. Karoline Großmann, alt 37 Jahre, Ehefrau von Jakob Großmann, Maurer. Sophie Büchele, alt 64 Jahre, Witwe von Emil Büchele, Monteur.

Sozialdemokr. Partei Offenburg.

Donnerstag, den 26. Februar, abends 8½ Uhr, in der „Michelhalle“

öffentliche

Wähler-Versammlung.

Thema:

Die Bedeutung der Landtags-Nachwahl und warum wir im ersten Wahlgang für den Demokraten Muser stimmen.

Ref.: Landtagsabg. **Anton Geiß** aus Mannheim

Freie Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

7507 **Das Wahlkomitee.**

Tauben, gute Kreuzungen vorzügl. Züchter (keine Felderer) werden das Paar zu 1.20 Mk. abgegeben bei 7508

Robert Kästel, Forchheim
Adlerstraße 142.

Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 3971

Wilhelm Schwab
Durlacherstraße 85.